Borreliose
FSME



Die Gefahr für die ganze Familie
Nummer 50 • Juni 96 • kost nix



Schützen Sie sich und Ihre Familie!







Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

VORWORT

Diesmal konnten wir uns vor lauter Texten kaum retten.
Schön ist, daß die meisten der Texte uns inzwischen auf Diskette erreichen - noch schöner wäre es, wenn ihr die Texte nicht (!) im Word 6.0-Format abspeichern würdet. Unsere Computeranlage ist nämlich nicht so modern und kann nur Winword 2.0 oder Word 5.5 für DOS lesen. Es wäre also herzallerliebst, wenn ihr die Texte im "Nur-Text-Format" oder einem der beiden oben genannten abspeichern könntet. (Wenn diese Worte bei euch nur Fragezeichen produzieren, wendet euch vertrauensvoll an die/den ComputerspezialistIn in eurem Bekanntenkreis.)

Über seltsame Wege erreichte uns die Grußadresse von Bernhard aus dem Knast in Köln. Sie lag kommentarlos im Begleitordner zu der Ausstellung mit Bildern politischer Gefanener, "Art Against Death Penalty", die noch bis zum 8.6. im Ketzer zu sehen ist, und schimmelte da offensichtlich schon mindestens einen Monat vor sich hin.
In Anbetracht dessen, daß es sich dabei um die erste (uns bekannte) öffentliche Äußerung eines der in Witzhave Festgenommenen handelt, fanden wir es wichtig sie auch zugänglich zu machen.

Das Schwerpunktthema für die nächste Ausgabe scheint sich schon anzukündigen: In der Flora brodelt es mal wieder, und diesmal gehts um den "hauseigenen" Sicherheitsdienst bei Partys und anderen Großveranstaltungen.

Inhalt:





Folgende Termine wären im allgemeinen Layout-Chaos um ein Haar untergegangen, konnten aber gerade noch dem Reißwolf entrissen werden:

Frauen/Lesben-Veranstaltung
Sexuelle Gewalt und die Kampagne "Mißbrauch mit dem Mißbrauch
Montag 17.6.96, 19.30 Uhr
Libertäres Zentrum

FrauenLesben-Frühstück
im Cafe in der Chemnitzstr.3-5
Jeden 2. Sonntag im Monat ab 11 Uhr
9.6. und 14.6.96

Punkkonzert
im Sozialen Zentrum Norderstedt, Ulzburgerstr.6a
- Shock Value (Peine)
- Unit Connected (Peine)
- Pillbox-Men (HH)
15.6.96 19 Uhr

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats
Abos: Zeck gibts im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer (noch) dringend vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir aber selbstverständlich nicht).
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Zur aktuellen Situation von Mumia Abu-Jamal

Am 10.August 1995 sah sich Richter Sabo, derjenige Richter, der den Vorsitz in Mumias Prozeß 1982 geführt hatte, dazu gezwungen, Mumias Hinrichtungsbefehl auszusetzen. Die unmittelbare Hinrichtungsgefahr war damit ersteinmal gebannt.
Anfang September 1995 entschied Richter Sabo allerdings nach einer mehrwöchigen Anhörung, daß Mumia kein Recht auf eine Wiederaufnahme seines Verfaherens habe, d.h. einen neuen Prozeß aufgrund von Verfahrensfehlern, neuen Beweisen bzw. ZeugInnen, Verletzung seiner Verfassungsmäßigen Rechte etc.
Im Februar dieses Jahres legte Mumias Anwaltsteam gegen diese Entscheidung vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania, dem Pennsylvania Supreme Court, Berufung ein. Bis Ende Mai muß die Staatsanwaltschaft auf diesen Berufungsantrag geantwortet haben. Danach liegt es im Ermessen des Gerichts, wie und wann über den Antrag entschieden wird. Es ist z.B. völlig unklar, ob es eine mündliche Anhörung beider Seiten gibt oder ob das Gericht nach Aktenlage entscheiden wird. Das Gericht geht von Juli bis September in die Sommerpause, so daß eine eventuelle Anhörung und Entscheidung voraussichtlich erst im Herbst oder Winter 1996 erfolgen wird.
Die Zusammensetzung des Pennsylvania Supreme Court ist allerdings alles andere als vielversprechend. Die sieben Richter werden -wie PolitikerInnen auch- von den WählerInnen in Pennsylvania für eine Amtszeit von sieben Jahren gewählt. Es finden politische wahlkämpfe um die Richterämter statt. Es wird davon ausgegangen, daß alle Richter Wahlkampfspenden von der Fraternal Order of Police (FOP), der größten Polizeigewerkschaft, erhalten haben. Der einzige afro-amerikanische Richter im Supreme Court und derzeitige Vorsitzende Richter, der sich öffentlich für ein neues Verfahren von Mumia ausgesprochen hatte, wird zum Sommer vorzeitig in den Ruhestand gehen. Len Weinglass, Mumias Anwalt, beschreibt die Entscheidungskriterien der Richter des Supreme Court folgendermaßen: "Eine Entscheidung für Mumia wird als eine Entscheidung gegen die Polizei angesehen. Das können und wollen die Richter nicht riskieren.
Für den wahrscheinlichen Fall einer negativen Entscheidung durch das Pennsylvania Supreme Court hat Gouverneur Ridge schon angekündigt, daß er einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterschreiben wird.
Der "Anti-Terrorism Act of 1995" beinhaltet unter anderem eine wesentliche Einschränkung der Rechte von Gefangenen. Für Mumia und alle anderen Todesstrafengefangenen bedeutet das, daß ihr Recht auf Habeas Corpus, die Überprüfung ihres Falles vor einem Bundesgericht, wesentlich eingeschränkt bzw. faktisch abgeschafft wird. In der Vergangenheit wurden 40% aller Todesurteile von Bundesrichtern wegen Verfahrensmängeln und der Verletzung verfassungsmäßig garantierter Rechte wieder aufgehoben. Durch den Gesetzeszusatz können Bundesrichter nur noch in Fällen, in denen eine übermäßige Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des/der Gefangenen nachgewiesen werden kann, ein neues Verfahren und die Aufgebung der Strafe anordenen. Eine juristische Definition des Terminus "übermäßig" findet wohlweißlich nicht statt.
Len Weinglass, Mumias Anwalt, geht davon aus, das Mumia -und die meisten Todesstrafengefangenen- nach diesen neuen Kriterien keine Chance auf ein neues Verfahren haben wird.
Angesichts der neuen Entwicklung auf der juristischen Ebene, wird die Solibewegung und jegliche Form von politischen Druck auf Gouverneur Ridge noch wichtiger als vorher. Es sieht alles andere als rosig aus, zumal es schon im Herbst oder Winter einen neuen Hinrichtungsbefehl bzw. ein neues Hinrichtungsdatum geben kann. Uns fällt dazu erstmal nur ein, daß Infotische und Verantstaltungen nach wie vor wichtig sind. Mumia freut sich außerdem über Post und über Spenden für sein Prozeßkostenkonto.
Unterschreibt die Unterschriftenlisten !!!
Sammelt Geld !!!



Counter-Aktion des Monats

Eine Gruppe "kommando theodore kaczynski" hat laut ihrem Bekennerschreiben am 5.5. "in einem Abteil eines Zuges der Deutschen Bundesbahn (in HH-Altona) eine Bombenatrappe hinterlassen um damit für Chaos zu sorgen." Sie stellen diese Aktion in den Zusammenhang der Kampagne gegen den Castortransport und drohen: "diesmal war es nur eine Atrappe - wenn der Castor kommt, ist es eine echte Bombe."
Alleine schon die Aktionsform, eine Bombenatrappe in einen Zug zu legen, ist problematisch, in Verbindung mit der Drohung einer "echten" Bombe jedoch ist die Aktion vollends "ein Schuß nach hinten". Oberstes Kriterium für eine verantwortungsvolle Durchführung militanter Aktionen muß die unbedingte Nichtgefährdung von Unbeteiligten sein. Die Aktion dieser Gruppe, sofern sie tatsächlich eine Aktion von sich als Links verstehenden Menschen war, gießt Wasser auf die Mühlen der Herrschenden, die stets bemüht sind militante Aktionen der Linken als menschenverachtenden Terrorismus zu diskreditieren.
Diese Aktion ist wirklich das Allerletzte!!

Halim Dener-Prozeß

Am Mittwoch, den 8. Mai 1996 - fast zwei Jahre nach dem polizeilichen Todesschuß - begann vor dem Landgericht Hannover die Hauptverhandlung im Strafverfahren gegen den Polizeibeamten Klaus T. wegen fahrlässiger Tötung des kurdischen Jugendlichen Halim Dener.
Die Hauptverhandlung findet aber nicht in Hannover, sondern "aus Sicherheitsgründen" im Sitzungssaal des Oberlandesgerichts Celle statt. Bereits Anfang Dezember 1995 hatte die Presse über "schärfste Sicherheitsmaßnahmen" für den beschuldigten Polizisten und das Angebot seiner "Aufnahme in das Zeugen (!)-Schutzprogramm" berichtet. Offensichtlich soll die Verhandlung abseits einer kritischen, internationalen Öffentlichkeit geführt werden, in einer für die Angehörigen Halim Deners diskriminierenden Gerichtsfestung zum Schutze des SEK-Todesschützen, der von interessierter Seite von Anfang an als Opfer dargestellt werden sollte.
Die Anklageschrift wirft dem Polizisten vor, "bei dem Versuch, den 16-jährigen Kurden Halim Dener mit einfacher körperlicher Gewalt auf frischer Tat festzunehmen, weil dieser öffentlich Kennzeichen der verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) plakatiert hatte, im Zuge eines heftigen Gerangels seinen Revolver, der ihm aus dem Holster gerutscht war, vom Boden aufhob, um ihn dann wieder in sein Holster zu stecken und ihn dabei in einem Abstand von etwa 10 cm mit der Mündung voran an dem Rücken des Halim Dener vorbeiführte, wobei er aus dem Gleichgewicht geriet und unwillkürlich einen Schuß auslöste, der Halim Dener traf und tötete... (!!!)
Die Vertretung der Nebenklage fordert, daß die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung sich auch auf eine mögliche vorsätzliche Tötung auszudehnen hat. Ihr Ziel ist nicht eine lebenslange Freiheitsstrafe für den Todesschützen, sondern die Aufklärung seiner Verantwortlichkeit und deren Hintergründe.

aus einem Artikel von Hans Eberhard Schultz, Anwalt der Angehörigen von Halim Dener, erschienen im Kurdistan Rundbrief Nr.9 und Angehörigen Info 181



Kundgebung vor dem britischen Konsulat am 6. Juni!

Die Situation im Norden Irlands hat sich grundlegend nicht geändert; weder nach der Einstellung der militärischen Operationen der IRA im August 1994 noch nach der Aufkündigung derselben im Februar 1996. Denn trotz aller Zugeständnisse der republikanischen Bewegung und Versuchen, zu einer konstruktiven Lösung zu kommen, hat sich die britische Regierung unbeweglich gezeigt. Durch immer neue Vorbedingungen hat sie es seit 1994 geschafft, den Beginn von Allparteiengesprächen zu verhindern. Besonders deutlich wurde und wird die harte Haltung der britischen Regierung an dem Umgang mit den republikanischen Gefangenen. Noch immer sitzen 23 von ihnen unter verschärften Bedingungen in englischen Gefängnissen, obwohl ihre Verlegung in den Norden oder Süden Irlands ohne weiteres möglich wäre. Auch ist die vorzeitige Entlassung von Gefangenen, als Geste des guten Willens angekündigt, mehr eine Farce. Gerade mal 29 republikanische Gefangene, die sowieso demnächst entlassen worden wären, kamen vorzeitig frei.
Wir wollen aus diesen Gründen vor dem britischen Konsulat in Hamburg eine Kundgebung machen, um auf die Situation der republikanischen Gefangenen aufmerksam zu machen - und natürlich im besten Sinne Druck auf die britische Regierung auszuüben, die Gefangenen freizulassen und sich aus Irland zurückzuziehen.
Deshalb: Kundgebung am 6. Juni um 16.30 vor dem britischen Konsulat, Harvestehuder Weg 8a!



Demo zum Abschiebeknast in Büren

Am 26.5. demonstrierten 2500 Menschen in Büren (NRW) gegen den größten bundesrepublikanischen Abschiebeknast. In massiven Vorkontrollen durchsuchte die Polizei alle PKWs und Busse, z.T. auch die anreisenden DemoteilnehmerInnen. Aus einem Bus aus Paderborn, der die Durchsuchungen verweigerte, wurden alle Personen in Gewahrsam genommen. Aus anderen Bussen wurden einzelne Personen verschleppt. Am Knast selber gab es eine Kundgebung, danach eine Demo durch Büren. Kritisch sei hier angemerkt, daß die Demoroute absurd kurz war, auch angesichts der guten Stimmung war dies doch sehr ärgerlich. Nach einer Kundgebung auf dem Marktplatz fand dann noch eine Spontandemo für die Freilassung der bei den Vorkontrollen Inhaftierten statt.



Lauck-Prozeß

Zu Beginn des Prozesses gegen den Neonazi Gary Lauck am 9.5. demonstrierten rund 100 Menschen von der Feldstraße zum Gericht. Presse, auch ausländische, war zahlreich vertreten. Die Faschisten waren zunächst nur vereinzelt, später durch ca. 30 Nazis vor Ort. Unter den wachsamen Augen der Bullen standen die mittlerweile nur noch ca. 30 AntifaschistInnen den Faschisten gegenüber - eine ungemütliche und etwas absurde Situation, nichts gegen die Nazis unternehmen zu können.
Als die Faschisten überraschend und ohne ersichtlichen Grund hektisch in ihre Autos sprangen, wurde an einem ihrer Wagen eine Scheibe eingeworfen - leider nahmen die Bullen sofort einen Antifaschisten als vermeintlichen Täter fest.



Frauen aus dem US-amerikanischen Widerstand in Hamburg

Mitte Mai besuchten Bo aus San Francisco und Chrystos aus Seattle Hamburg, um hier über die Situation von verschiedenen Frauen in us-amerikanischen Knästen zu informieren und sich mit Interessierten auszutauschen.
Chrystos ist eine nordamerikanische, indianische Lesbe, eine Dichterin und Schriftstellerin. Sie hat mehrere Bücher veröffentlicht und ist in verschiedenen Anthologien vertreten, z.B. in "Gay and Lesbian Poetry of Our Time" von 1988. Erotische Erzählungen wechseln ab mit Workshops in Gefängnissen oder Erzählungen über den Widerstand der First Nation, den nordamerikanischen Indianern.
Bo war in den siebzigern ebenfalls in Seattle aktiv. Wegen Mitgliedschaft in der George Jackson-Brigade verbrachte sie acht Jahre in US-Gefängnissen. Seitdem lebt sie in der Lesben- und Schwulenszene in San Francisco und arbeitet mit bei dem FrauenLesben-Komittee OUT OF CONTROL und dem Norma Jean Croy Unterstützungskomittee. Ein Theaterstück von ihr über ihre Zeit in Isolationshaft wurde 1980 in New York uraufgeführt.
Es fanden eine Lesung mit den beiden im Radio bei "Lorettas Literaturlazarett" statt und zwei Veranstaltungen in der B5 und der Roten Flora.
Am 27. Juni werden die beiden im Radio St. Paula nochmal zu hören sein mit Berichten über die Situation von Frauen in US-amerikanischen Gefängnissen.
Zu erreichen sind die beiden per e-mail:
OUTOFTIME IGC.APC.ORG

Hanna Krabbe ist draußen!

Am 10. Mai ist Hanna Krabbe endlich, nach mehr als 21 Jahren, wieder draußen. Sie wurde vor der JVA Lübeck von ca. 60 Menschen freudig in Empfang genommen.
Hanna vor dem Knasttor
"...ich bin wahnsinnig froh, daß ich draußen bin und wie ich hier empfangen werde. Es ist alles noch etwas unwirklich für mich.
Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bei denen bedanken, die dazu beigetragen haben, daß ich jetzt frei bin.
Es zeigt, daß es trotz allem eine Sensibilität gibt in der Gesellschaft gegen den staatlichen Versuch, uns und unsere Kampfgeschichte von mehr als zwanzig Jahren wegzunormalisieren.
Das ist nicht das Ende von Sonderjustiz.
Es gibt in der Bundesrepublik Hunderte von politischen Gefangenen in den Knästen, zehn davon aus unserem Zusammenhang, die seit Jahrzehnten sitzen.
Das sind:
Rolf Heißler in Frankenthal
Christian Klar in Bruchsal
Brigitte Mohnhaupt in Aichach
In Schwalmstadt Helmut Pohl und Rolf-Clemens Wagner
In Köln Heidi Schulz und Sieglinde Hoffmann
In Frankfurt Eva Haule und Birgit Hogefeld, die jetzt Ptozeß hat
und in Neumünster Stefan Wisniewski.
Laßt uns jetzt unsere Kräfte zusammenbringen, damit sie alle rauskommen.
Zum Schluß möchte ich noch ganz herzlich alle Gefangenen grüßen, die ich hier zurücklassen muß."

Alles Gute, Hanna! Wir freuen uns, daß du draußen bist!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!



"Wir stellen uns Quer!"

In der Nacht vom 29. auf den 30. April haben Frauen/Lesben auf der Bahnstrecke Hamburg - Bremen einen Zug durch Zerstören des Signalkastens gestoppt.
Sie stellen diese Aktion in den Zusammenhang mit den vielfältigen Widerstandsformen der Anti-AKW Bewegung gegen die Castor Transporte.
Diese Transporte werden nicht zuletzt auch durch die Deutsche Bahn AG ermöglicht, die an ihnen verdient und zudem als Gesellschafterin an AKWs beteiligt ist und somit durchaus ein eigenes Interesse hat, die Nutzung der Atomenergie weiterhin durchzusetzen.

Grußadresse von Bernhard aus der JVA Köln zur Austellung Kunst und Texte gegen die Todesstrafe.

Diese Wanderausstellung mit Bildern und Objekten, Texten und Gedichten politischer Gefangener ist bis 8.6. im Ketzer zu sehen.

"Als muslimische politische Gefangene unterstützen wir die Ausstellung "Art and Writings against Death Penalty - International Political Prisoners unite to save Mumia Abu Jamal." Gerade angesichts der Schwäche des revolutionären Widerstands in den USA und Westeuropa begrüßen wir, daß so viele verschiedene politische Gefangene zu der Ausstellung beitragen. Michael und ich sind in der JVA Köln unter den Bedingungen inhaftiert, für die die BRD berüchtigt ist: Vollständige Einzelisolation einschließlich permanenter Zellenrazzien und Ganzkörperdurchsuchungen.
International steht die Auseinandersetzung mit der Politik der USA für viele Menschen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Poltik dieser Supermacht kann von Menschen, die einen revolutionären Standpunkt vertreten, nicht widerstandslos hingenommen werden. Insbesondere für jede revolutionäre Muslima und jeden revolutionären Muslim ist das US-System eine unerträgliche Provokation. In diesem Zusammenhang sind jene Menschen wichtig, die die Verhältnisse in den USA klar und deutlich benennen. Besonders nachdrücklich hat Mumia Abu Jamal, der bekannteste politische Gefangene in den USA dazu in den vergangenen Jahren immer wieder beigetragen.
Wir wünschen allen, die sich in der Kampagne zur Verteidigung des Lebens von Mumia Abu Jamal beteiligen, Mut zur Initiative und den langen Atem, den diese Kampagne braucht.
Mit solidarischen Grüßen, Bernhard Falk (JVA Köln)"



Aktueller Stand im Birgit Hogefeld-Verfahren

Im März 96 tauchten in den Medien Berichte auf, daß im BKA Ermittlungsergebnisse, die belastend für den VS-Agenten Steinmetz und entlastend für Birgit seien, unterdrückt und vernichtet wurden. Deswegen hat der suspendierte BKA'ler Lang (Abteilung TE 11 - Analyse und Auswertungsreferat Strafanzeige gestellt. Auf Antrag der Verteidigung wurde Lang am 14.5. im Prozeß vernommen.
In der Abteilung TE 11 war Lang beschäftigt mit der Auswertung des in Bad Kleinen gefundenen Schriftmaterials, sowie zuvor mit der Analyse der RAF-Erklärung vom Sommer 92 und im Zusammenhang mit der Knastsprengung in Weiterstadt mit "Personenverbindungen und Tatbezügen".
Zur Frage der Mordanklage gegen Birgit wegen Bad Kleinen stellte Lang in einem Bericht (17.2.94) fest: Es liegen beim BKA keine Anhaltspunkte vor, daß eine Absprache zum Schußwaffengebrauch innerhalb der RAF existierte; die Vernehmung von Steinmetz hat ergeben, daß es eine solche Absprache innerhalb der RAF nicht gab; Birgit hat in Bad Kleinen keinen Versuch gemacht ihre Waffe zu ziehen. Folglich kann die Mordanklage nicht aufrecht erhalten werden.
Desweiteren fertigte er einen 63-seitigen Bericht zu den in Bad Kleinen gefundenen Briefen, ferner zu Ursula Quack und Eva Haule. Bezüglich der genannten Berichte bestanden seitens der BAW Änderungswünsche. Nach dem Prozeß gegen Eva Haule, wo ein entlastendes Gutachten der Abteilung TE 11 vorlag, sollte "so etwas zukünftig die Behörde nicht mehr verlassen", wurde Lang angewiesen. Da er die Berichte nicht änderte, wurde ihre Vernichtung angeordnet, sowie weiterer Berichte und Vermerke. "Einverstanden, man muß jetzt mogeln" ist eine handschriftliche Bemerkung Zacherts (BKA-Chef) im Zusammenhang mit der Anordnung zur Vernichtung der Berichte.
Die Vernehmung von Lang wird am 11.6. um 9.30 Uhr fortgesetzt.



Mörder leben länger - Kundgebung bei einem Nazimörder

Am 29.6.96 wird es eine Kundgebung bei einem Nazimörder in Rheinland-Pfalz geben, den die bundesdeutsche Justiz glatt "vergessen" hat. Um sicherzustellen, daß der Mörder zu Hause ist, wird der Zielort und der Name der Zielperson erst spät bekannt gegeben werden.
Die Anreise erfolgt mit dem "Wochenend-Ticket" der Bundesbahn mit Zug SE 3549 in Wuppertal HbF (16.30 Uhr, Gleis 1), Zusteigemöglichkeit 17.09 Uhr in Köln. Im 5. Waggon werden weitere Hinweise gegeben werden. Am Zielbahnhof werden Busse in eine kleine Stadt fahren, in der der Mörder seit über 40 Jahren unbehelligt lebt. Bitte feste Schuhe und Wanderausrüstung mitbringen. Wegen der Busse bitte anmelden unter: Infoladen Wuppertal, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal, Tel./Fax: 0202/311790, AK "Mörder leben länger"

Elli sagt:

"Freundin Amilda fragte mich doch letztens, was das denn für ein Plakat vorn an der Flora ist. Seitdem ich letztens ja zu spät zum Bridge kam, weil ich auf der Terasse gehockt hatte, muß ich wohl über all das bescheidwissen. Ne. Also ich denn los zur Flora. Hab denn zehn Minuten bestimmt vor diesem Bild gestanden. Die kleinen Plakate daneben hab ich versucht zu entziffern, aber außer Stoppt Castor war einfach rein gar nichts zu lesen. Sollte ich Amilda erzählen, daß dieses vermessene und genau gezeichnete JAA irgendetwas gegen Atom bedeuten soll? Ne, das hätte sie auch alleine herausfinden können und hält mich denn wohl noch für arrogant. Ne. Also nachfragen. Ich bin denn hintenrum. Der Durchgang unter diesem Motorrad stand nun glücklicherweise offen. Hinter der Tür hat sich doch verflixt was getan. Ich kann mich nich daran erinnern, daß da letztens Knöterich an der Wand wuchs - auf der Terrasse auch nich, und das wär mir garantiert aufgefallen, denn für Grünes hab ich eigentlich nen Auge. Weißte, das könnt man mal richtig schön werden. Die merken wohl auch, daß bunte Haare als Farbkleckse nen bischen wenig sind.
Die Terrasse war unbesetzt, aber binnen hockten paar Jungktsche und schälten Möhren, Kartoffeln und allerlei Grünes. Die eine kannte ich schon - na ja, vom Sehen. Sie erinnerte sich scheints an mich und fragte gleich, ob ich nen Kaffee wollte. "Den Kaffee nehm ich nur, wenn ich Antworten dazu krieg." Nicken. "Soll das Plakat links neben der Tür überhaupt was darstellen?"
Als ich dann abends bei Amilda saß, konnte ich ihr nich nur erklären, daß das Plakat einen Wurfanker darstellt, daß Farbeier gut gegen Wasserwerfer sind (na, nich so richtich, oder? d.Setzer), daß im Wendland alle protestieren - auch die Oltsche, daß Deutschland ein Polizeistaat ist und das, obwohl wir gar keinen Atomstrom brauchen (den Verdacht hatte ich schon immer, aber gegen die Schädel der Politiker schien mir kein Kraut gewachsen), also auch, daß ich für drei Mark essengehen kann - und das gibt auch meine Rente her. Und wenn mal nich, werde ich da auch nich mit leerem Magen stehengelassen. Was ich so gesehen hab, kriegen auch die was Warmes zwischen die Zähne, denens Geld aus ist. Ich meine, Essengehen is vielleicht nen bischen hoch gegriffen, denn Spülen war hinterher doch angesagt - aber das is zu Hause nich anders und da muß ich nich die schietigen Töpfe machen. Bei mir zwitschert Hansi ständig dasselbe, inner Flora hab ich drei Stunden geschnackt und was zu hören gekriegt. "Amilda", sag ich, "die Jungktsche kochen vegan." Alle ihre Falten formten sich zu einem Fragezeichen. Das ganze wurde dann auch noch zornig rot, als ich meinte: "Was hockste hier unter deinem Hirschgeweih, das noch nich mal dir gefällt, und nur noch da hängt, weil du mal mittem Josef verheiratet warst, und schaust in die Glotze?" Pures Entsetzen bei meinem Vorschlag, mal mitzukommen. Aber mich fragen, was das Plakat soll.

Keine Diskussion!

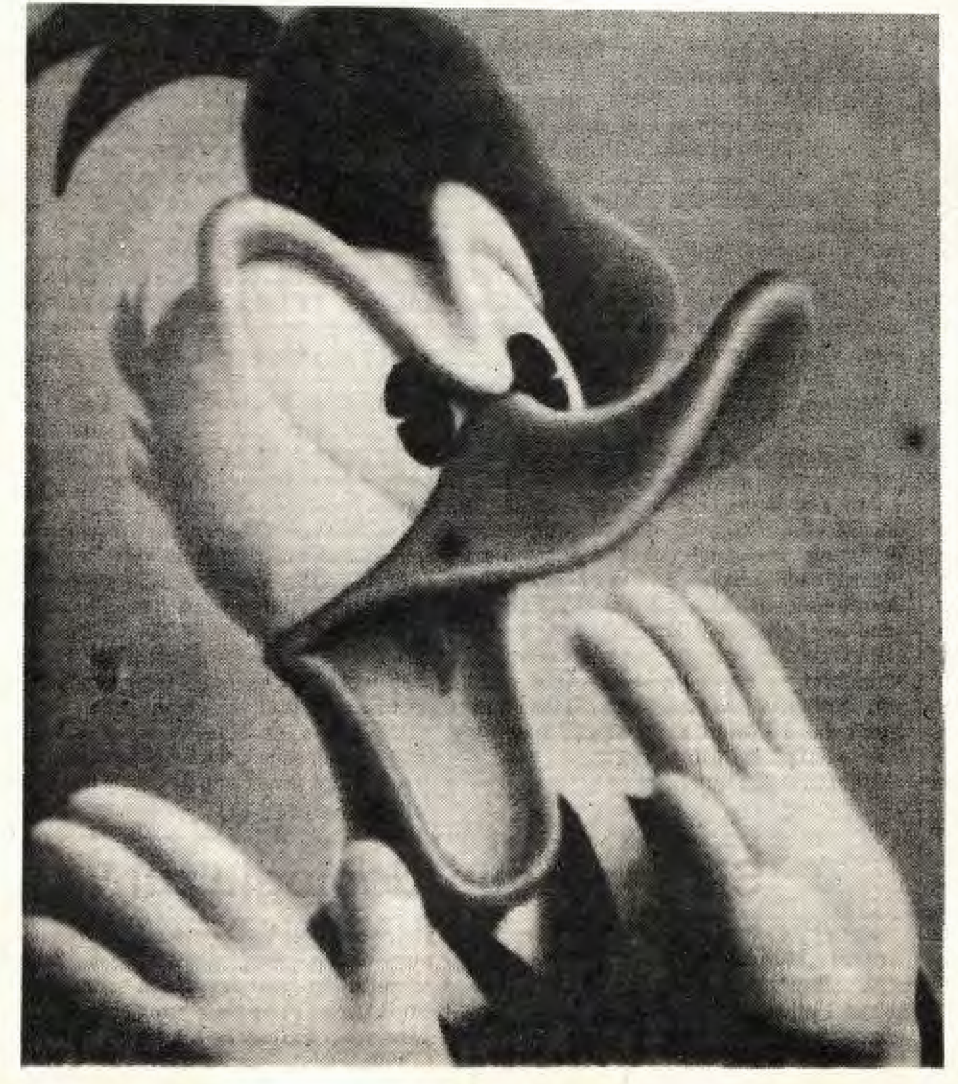
Diskussionspapier zum Papier der Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt zum Nichtverkauf der »Arranca!« Nr. 8

»(Was ihr sagt) kann auch eindeutig sein
Und den Widerspruch aus den Dingen entfernen; ist es zu eindeutig?
Dann ist es unbrauchbar, was ihr sagt. Euer Ding ist dann leblos.«

B. Brecht

Vielleicht war der Versuch der »Arranca!«, in einer gemischten Szenezeitung über Hetera/o-Sexualität zu reden gewagt. Daß der Versuch heute möglich scheint, liegt sicher nicht zuletzt in der feministischen Politik der letzten 20 Jahre begründet. Feministische Positionen werden in der Regel nicht mehr – wie noch vor 20 Jahren – als »sektiererisch« oder »Nebenwiderspruch« vom Tisch gewischt. Die politische Thematisierung der Sexualität hat aber auch neue Widersprüche zutage gebracht, die vor allem dort auftreten, wo das sexuelle Begehren der einzelnen und die politische Ordnung der Dinge nicht so einfach unter einen Hut zu bringen sind.

Die Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt wollen die »Arranca!« nicht verkaufen. Was dort geschrieben wurde, sei Ausdruck eines »patriarchalen Rollbacks«. Die Zeitung stelle eine »Bedrohung feministischer Inhalte und Politik« dar, mit den abgedruckten Artikeln werden eine reaktionäre »Geisteshaltung überhaupt diskutierbar« gemacht.
Daß es der »Arranca!«-Redaktion in ihrer aktuellen Ausgabe nicht gelungen ist, einen weiterführenden Beitrag zu diesem Komplex zu leisten, in diesem Punkt stimmen wir den Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt zu: An vielen Punkten war die »Arranca!« leider ein Griff ins Mistbeet, indem sie sich dem Thema Sexualität mit dümmlichen bis reaktionären Männerreden nähert. Die Texte »Sexuelle Phantasie, Pornographie & Zensur« und »Die Diktatur der freien Sexualität« z.B. enthalten keine neuen Gedanken, sondern sind einfach die Fortschreibung alter Hegemonialverhältnisse.



Das ändert aber nichts daran, daß der Ansatz, in einer gemischten Zeitung Sexualität zu thematisieren, ein Schritt in die richtige Richtung sein kann, weil das nämlich heißen könnte, die Diskussion ein bißchen näher an unsere Lebensrealitäten zu bringen, die bekanntlich ja alles andere als eindeutig sind.

Zensur – Boykott – Nichtverkauf

Der Nichtverkauf der »Arranca!« und die Stellungnahme der Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt haben zumindest eines bewirkt: Noch selten wurde eine Zeitung der Szene so stark zur Kenntnis genommen, selten wurde über eine Zeitung so viel diskutiert: und die Ehre, daß Teile der Zeitung auf dem monatlichen Floraplakat nachgedruckt wurden, wurde davor auch nur der »radikal« zuteil. Vom Standpunkt des außenstehenden Zuschauers aus gesehen (was wir natürlich nicht sind), ist damit mindestens der Ansatz, die in der »Arranca!« vertretenen Positionen aus der öffentlichen Auseinandersetzung zu verbannen, fehlgeschlagen. Wahrscheinlich ist es eher so, daß das Schwarzmarktpapier die »Arranca!« tendenziell aufgewertet hat (als »Gegenposition«), und das, obwohl der in der Zeitung versuchte Ansatz, eine Neubestimmung des linken Sexualitätsdiskurses zu versuchen, in der Gesamtschau gründlich mißlungen ist.
Vorweg: Wir denken nicht, daß der Nichtverkauf der »Arranca!« im Schwarzmarkt als Zensur bezeichnet werden sollte, die passende Bezeichnung wäre hier wohl eher Boykott. Das steht jetzt hier nicht nur, weil es immer besser ist, verschiedene Dinge auch mit verschiedenen Namen zu bezeichnen. Vielmehr ist es so, daß sich Zensur und Boykott in einigen ganz wesentlichen Punkten unterscheiden, die auch in bezug auf den Nichtverkauf der »Arranca!« im Schwarzmarkt eine Bedeutung haben. Der Unterschied liegt – abstrakt gesprochen – zum einen in der Machtposition des/der Handelnden und zum anderen in der Notwendigkeit, die Handlung legitimieren zu müssen. Zensur ist immer ein Herrschaftsmittel, Boykott eher eine Widerstandsform.
Die Geschichte der Zensur ist mindestens so alt wie die der Linken, und zwar als per-

manenter Teil staatlicher Repression, mit der emanzipative Kräfte ständig konfrontiert waren und sind. Der Kampf gegen Zensur war immer ein Teil linker Politik, weil der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Meinungen ein zentraler Punkt ist, der es dem und der einzelnen überhaupt erst ermöglicht, aus einer Analyse des Bestehenden und den Vorstellungen anderer zu einer emanzipatorischen Überzeugung zu gelangen, die auch einer (selbst-)kritischen Infragestellung standhält, weil sie nicht nur aus dem Nachbeten von Vorgekautem besteht. Und dabei geht es gerade nicht darum, »überall mittratschen zu können«, sondern darum, die herrschende Wahrheit in Frage stellen zu können.

Zensiert wurde und wird immer aus der Machtposition heraus. Das Ziel ist die Unterdrückung mißliebiger Meinungen und Informationen – und das sind nicht selten subversive. Umgekehrt gilt natürlich nicht, daß allein der freie Zugang zu Meinungen und Informationen dazu führen würde, daß sich die Leute ihre eigenen Gedanken machen und diese dann auch noch fortschrittlich sind. Dieser naive Hackerglaube wird von der gesellschaftlichen Entwicklung angesichts der Informationsflut der 90er zur Genüge widerlegt. Aber dennoch ist die Freiheit von Wort und Schrift mehr als das bürgerlich-demokratische Pluralismusgebot, das dann in der Regel doch nur die Freiheit der Pressekonzerne meint, zu drucken, was ihnen gefällt. Die Möglichkeit der unzensierten Meinungsäußerung bietet die Chance, die herrschende Wahrheit zu untergraben, weswegen auch autoritäre Regimes jeglicher Couleur besonders eifrig im Verbieten von Büchern, Filmen und Zeitschriften sind.

Neben der Einschränkung, daß freie Kommunikation zwar eine Voraussetzung emanzipativer Politik ist, diese aber nicht zwingend nach sich zieht, gibt es aber auch einen Einwand, der die freie Meinungsäußerung aus einer ganz anderen Richtung in Frage stellt. Da nämlich der diskursive Raum kein herrschaftsfreier ist, kann es an bestimmten Punkten taktisch und inhaltlich richtig sein, gegen die Existenz einzelner Diskurse an sich vorzugehen. Die Euthanasiedebatte wäre hier ein Beispiel, bei dem allein die Existenz des Diskurses über den »Wert« menschlichen Lebens die betroffenen Subjekte zu Objekten einer Nützlichkeitskalkulation macht.

Wenn also allein die Existenz eines Diskurses das Machtverhältnis zwischen den Beteiligten so stark verändert, daß von gleichen Chancen für die Geltung der jeweiligen Argumente nicht mehr im entferntesten gesprochen werden kann, dann kann es sinnvoll sein, zu versuchen, diesen Diskurs als Ganzen zu verhindern. Dieses Vorgehen tritt aber zwangsläufig in Konflikt mit dem Prinzip der Freiheit der Rede und Schrift, und daher ist es in der Regel notwendig, für das Vorgehen besonders gute Argumente zu haben, um andere nicht nur aus einem Diskurs auszuschließen, sondern ihnen erklären zu können, warum das so auch richtig ist. Konkret heißt das, daß es durchaus sinnvoll sein kann, die Auftritte des Euthanasiebefürworters Singer zu verhindern, und die Antwort auf den Zensurvorwurf wäre der Hinweis darauf, daß schon die Debatte über Kriterien für den »Wert« von Leben die Subjekte, um die es in dieser Debatte geht, objektiviert und in ihrer Existenz in Frage stellt.

Und gerade weil Boykottaktionen und Verhinderungen von Lesungen oder Filmaufführungen sich immer genau in diesem Spannungsverhältnis befinden, werden sie nicht »selbstverständlich« von der politischen Szene getragen, sondern in der Regel eher von ganz wenigen.[1]

Und um die oben angefangene Bemerkung zum Ende zu bringen: Der Unterschied zwischen dem Boykott einer Zeitung und Zensur liegt genau in der relativen Machtposition. Zensur muß in der Regel nicht begründet werden, da sie aus einer starken Machtposition heraus geschieht. Wenn sie beispielsweise von staatlichen Stellen dennoch oft begründet wird, dann deshalb, weil sie die Legitimation der Herrschaft untergräbt, die ja Pluralismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Boykott hingegen ist eher der Versuch von »unten«, einzelne Entwicklungen aufzuhalten oder zu stoppen und muß – wenn er erfolgreich sein will –, gerade weil er aus einer Position relativer Schwäche geschieht, gut begründet werden.

Die Entscheidung der Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt, die »Arranca!« nicht zu verkaufen, befindet sich genau in dem oben beschriebenen Spannungsverhältnis.[2] Wenn wir diese Entscheidung falsch finden, liegt das daran, daß uns die vorgebrachten Argumente nicht überzeugen. An einigen Stellen teilen wir die Kritik, an anderen sind wir anderer Meinung, aber die »Arranca!« pauschal als Teil eines »patriarchalen Rollbacks« abzuqualifizieren und damit den Nichtverkauf zu begründen, wird dem Heft nicht gerecht.

Der Begriff des »Rollbacks«

Eines der Argumente, die ins Feld geführt werden, um zu begründen, warum die »Arranca!« nicht verkauft werde, ist der Vorwurf, sie sei Teil eines »patriarchalen Rollbacks«. Nun könnte man fragen was denn eigentlich gemeint ist, wenn eine Position als »Rollback« bezeichnet wird. Das mit diesem Wort abgerufene Bild suggeriert erstmal, daß es sich dabei um eine Position handelt, die entweder überholt ist, oder um eine, die hinter ein erreichtes Maß an Fortschrittlichkeit zurückfällt. Auf jeden Fall soll damit gesagt werden: Die Position ist kein Beitrag zu einer aktuellen Debatte, die Fragen, die dort gestellt werden sind längst beantwortet und wer so etwas heute noch vertritt, hat nichts gelernt. Kurz gesagt, die Position ist reaktionär.

Das Etikett »Rollback« bietet darüber hinaus weitere Vorteile in der Auseinandersetzung: Weil nämlich die Position schon früher widerlegt worden ist, braucht man sich heute darum keine Gedanken mehr zu machen: im Zweifelsfall reicht ein kurzer Verweis und die Sache ist geritzt. Die Bezeichnung »Rollback« ist damit ein praktisches Instrument, um eine mißliebige Debatte zu unterbinden. Weil ja alles schon geklärt ist, ist eine Auseinandersetzung nicht mehr nötig.

Die ganze »Arranca!« Nr. 8 zum Teil eines »patriarchalen Rollbacks« zu erklären verfolgt genau diese Strategie, keine öffentliche Auseinandersetzung um die in den Texten vertretenen Positionen führen zu müssen. Diese Klassifizierung unterschlägt aber der Vielfalt der Texte und Positionen. Auch wenn die eingangs schon erwähnten Texte über Pornographie und Psychoanalyse oder das Interview mit einem ehemaligen Mitglied der AAO-Kommune tatsächlich nur alten Mist recyclen, trifft dieser Vorwurf auf die andere Texte nicht zu.

Wer definiert Feminismus?

Interessant wird die Geschichte mit dem »Rollback« dort, wo im Schwarzmarktpapier bestimmte Positionen als Feminismus in Anführungszeichen bezeichnet werden und das Interview mit Cristina Garaizabal zusammen mit dem Text »Die Linke und die sexuelle Revolution« zur »Demontage feministischer Politik« werden. An diesem Punkt steht die Verwendung des Begriff des »Rollbacks« wohl eher für die Angst vor der Ambivalenz und dem Hinterfragen mühsam erkämpfter Positionen.

Die Debatte um den Stellenwert und die Grenzen von identitärer Politik als »Rollback« zu bezeichnen, ist zumindest unredlich, da diese ja nicht zurück will auf die humanistischen oder klassenkampflinken Positionen der 70er und davor. Das heißt, mit der Dekonstruktion der Geschlechterrollen sollen Frauen weder wieder in der Kategorie Mensch hinter dem Mann verschwinden, noch soll das sexistische Unterdrückungsverhältnis wieder zum Nebenwiderspruch erklärt werden. Gerade für die BRD gilt, daß die Kritik an den verschiedenen Formen der Identitätspolitik

insbesondere über die Rezeption feministischer Debatten aus den USA in die linken Diskussionen Eingang gefunden hat. Die Infragestellung von Identitätskonzepten hat unserer Meinung nach wenig mit den Versuchen zu tun, erreichte Fortschritte feministischer Politik wieder rückgängig zu machen. Es geht dabei vielmehr um eine Weiterentwickung feministischer Politik.

Die Gender-Debatte[3] – in der u.a. die Identitätskonzepte der 80er in Frage gestellt werden – wurde von vielen Teilen der (hauptsächlich älteren) autonomen Frauenbewegung ignoriert oder vehement abgelehnt.

Diese Ablehnung bezieht sich häufig schon auf die Form der Debatte: sie sei zu theoretisch und zu abgehoben und habe mit der realen Politik nichts mehr zu tun. Andererseits wird gegen den Verlust der Eindeutigkeit argumentiert: Das Infragestellen der weiblichen Identität bedeute ein Aufweichen des kollektiven Opferstatus und verwische dadurch die klare Ausgangsbasis im Kampf gegen die Unterdrückungsverhältnisse.

Schon in der Mittäter/Mittäterinnen-Debatte wurden Vorstellungen einer »friedlichen« der »mütterlichen« Weiblichkeit in Frage gestellt. Dabei ging es unter anderem um die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und ihren Anteil und Profit an diesem Herrschaftssystem. Die Heftigkeit mit der diese Debatte geführt wurde liegt genau darin begründet, daß die Vorstellung Frauen seine Mittäterinnen im NS gewesen, den kollektiven Opferstatus in Frage stellte.

Während die Mittäterinnen-Debatte quasi auf der sozialen Ebene die kollektive Identität »Frau« in Frage stellte, untergräbt die Gender-Debatte die Vorstellung irgendwelcher vorgegebenen Identitäten auf einer prinzipiellen Ebene indem sie die Konstruiertheit von als »natürlich« verstandenen Gegebenheiten (wie z.B. dem biologischen Geschlecht) behauptet.

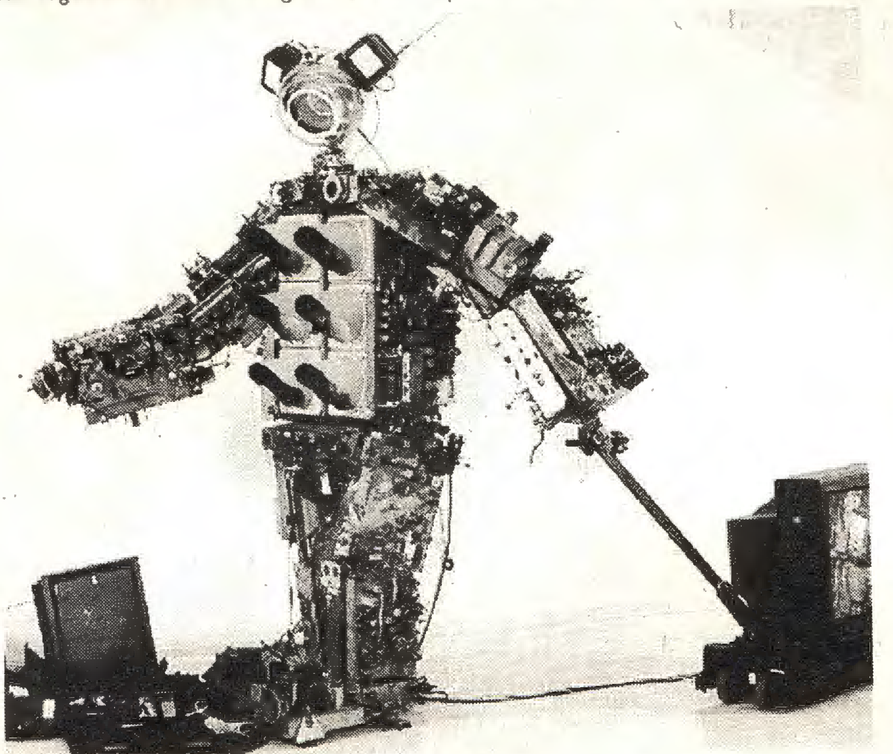
Diese Kritik, das Infragestellen der Identität schäche die politische Position, ist sicher nicht von der Hand zu weisen, den Ambivalenzen, Widersprüche oder Vieldeutigkeiten eignen sich in der Regel schlecht für die Politik. Und das Plakative auch der meisten autonomen Aktionen gründete sich auf ein einfaches Schwarzweißschema.

Trotzdem muß die Gefahr der Identitätspolitik gesehen werden: Sie liegt darin, daß sie keine Widersprüche aushalten kann: dadurch werden die Individuen auf eine Rolle festgeschrieben. Die Existenz unterschiedlicher feministischer Standpunkte steht dann tendenziell im Widerspruch zur Wahrung einer homogenen Gruppe der Frauen. Und schließlich stößt die Identitätspolitik auf Probleme, wenn unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse quer zueinander die Homogenität der Gruppe zerstören.

Genau um diese Probleme der Identitätspolitik geht es Cristina Garaizabal in dem Interview »Radikal für die Lust ...« in der »Arranca!«, wo sie nicht, wie die Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt ihr unterstellen, für eine gemischte Organisierung plädiert. Sie hält es für eine »offenen Debatte: ob die Identität die Basis für politisches Handeln ist, oder im Gegenteil, ob aus einer politischen Position und Handlung Identitäten entstehen, die je nachdem, was du dir vornimmst, auch wechseln können. Schließlich, ob es überhaupt notwendig ist, politisches Handeln an eine Identität zu binden.«

Die von ihr angerissenen Fragen repräsentieren auch keineswegs einen völlig unbedeutenden Randbereich feministischer Diskussion. Zur Zeit läßt sich wohl kaum eine feministische Zeitschrift oder ein in diesem Bereich neu erschienenes Buch aufschlagen, wo es nicht um die Auseinandersetzung mit der Identitätsproblematik oder um die Frage der Repräsentation, also des »Wer spricht? Und für wen?« geht.[4]

Die in dem Interview vorgenommene Problematisierung der Identitätspolitik einfach als »Rollback« zu bezeichnen, ist schon allein deswegen falsch, weil die Diskussion gerade ein Produkt feministischer Politik der 80er ist. Wir denken auch nicht, daß das Interview als »Angriff auf feministische Positionen« bezeichnet werden kann. Es stellt höchsten einen (politischen) Angriff auf eine bestimmte Stromung des autonomen Feminismus dar, und wir denken, daß es interessanter wäre, diese Debatte zu führen, als zu versuchen, sie zu verhindern.



Vertrauen ist gut ...?!

Daß wir es falsch finden, die »Arranca!« im Schwarzmarkt nicht zu verkaufen liegt daran, daß uns die Argumente der Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt nicht oder nur zum Teil überzeugen. Im Bezug auf das Schwarzmarktpapier heißt das, daß es sich beim Nichtverkauf der »Arranca!« gerade nicht um eine »Vertrauensfrage« handelt (vor allem: warum sollen wir dem Schwarzmarkt vertrauen und nicht der »Arranca!« ?) sondern um eine Frage der Überzeugungskraft von Argumenten.

Vertrauen läßt sich eben nicht in einer politischen Diskussion einfordern, sondern reicht immer nur soweit, wie die Zweifel nicht reichen. Die Möglichkeit, (fast) immer alles in Frage stellen zu können war stets ein Punkt, der autonome Politik z.B. von K-Gruppen oder Parteipolitik unterschieden hat. Das war dann oft nicht besonders erfolgleich oder effektiv – aber die Parteilinienvariante kann das ja auch nicht für sich in Anspruch nehmen. Vertrauen stellte sich nur persönlich ein.

Uns erscheint der Ruf nach dem Vertrauen wie ein (verzweifelter) Versuch, einen Konsens zu einem Thema zu beschwören, über das keiner (mehr?) besteht.

Ganz offensichtlich ist das Thema Sexualität eines, das wie kaum ein anderes von Ambivalenzen und Widersprüchen geprägt ist. Und das liegt sicher auch daran, daß sich die Logik des Begehrens nicht so einfach der Logik der kollektiven politischen Setzungen unterordnen läßt. Das heißt jetzt nicht, daß es da ein irgendwie »natürliches« oder »ursprüngliches« Begehren gäbe. Begehren ist durch die verschiedenen gesellschaftlichen Vorstellungen und Praxen geprägt, wie auch autonome oder feministische Politik Produkt und Teil gesellschaftli-

cher Vorstellungen und Praxen ist. Aber genauso, wie es schief geht, das Geschlechterverhältnis auf das Begehren zu reduzieren, geht es eben auch schief es auf die Politik zu reduzieren.

Einige aus der Zeck-Redaktion

Vielleicht wird man sich eines Tages wundern. (...) wo wir heute die Geschichte einer Zensur sehen, wird man vielleicht den jahrhundertelangen Aufstieg eines komplexen Dispositivs erkennen, das uns disponiert hat, vom Sex zu reden, ihm unsere Aufmerksamkeit und unsere Sorge zu widmen, an die Souveränität seines Gesetzes zu glauben, wo wir doch in Wirklichkeit durch die Machtmechanismen der Sexualität geschleust werden.« (Michel Foucault)

Anmmerkungen

1 Zu den im Text aufgefuhrten Beispielen bliebe noch zu sagen, daß es sich bei HbW, Fanladen und El Rojito – ob man sich jetzt als ZensorIn fühlt oder nicht – auf jeden Fall nicht um Zensur handelt: In keinem der Falle ging es in erster Linie um die Verhinderung irgendeiner Meinungsaußerung, sondern immer um die Ahndung irgendeines »Verhaltens« und selbst bei Droste geht es nur begrenzt um die Ver- oder Behinderung der Mißbrauchsdebatte,. Neben der Mißbrauchsdebatte ging es in erster Linie darum, Droste aufgrund seiner sexistischen Äußerungen in dieser Debatte keinen öffentlichen Raum auch in bezug auf andere Themen zu lassen.

2 Auch den Frauen und Lesben aus dem Schwarzmarkt ist durchaus bewußt, daß sie sich mit ihrer Aktion in diesem Spannungsverhältnis bewegen: sie belassen es nämlich nicht bei dem Appell an das Vertrauen, daß ihnen entgegengebracht werden soll, sondern halten es offenbar für notwendig, ihr Vorgehen auf den folgenden fünf Seiten zu begründen.

3 Gender-Debatte meint hier die Debatte um die Bedeutung der Kategorie »Geschlecht«. Diese Debatte hier nachzuzeichnen fühlen wir uns nicht in der Lage und wurde wohl auch den Umfang des Textes sprengen. Grob verkurzt ging es in der Sex-Gender-Unterscheidung darum, die Vorstellung zu widerlegen, das Geschlecht sei eine essentialistische Kategorie, das heißt bestimmte Eigenschaften seien einer Person über ihre Geschlechtszugehorigkeit und damit ihrem Körper quasi unveränderbar eingeschrieben. Die Unterscheidung in Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht) sollte die gesellschaftliche Konstruiertheit der mit den Geschlechter assoziierten Eigenschaften deutlich machen. In der Gender-Debatte wird nun die Frage gestellt, ob die biologische Grundlage des als Gegensatz gedachten Paars »männlich« und »weiblich« nicht auch wiederum Produkt eines gesellschaftlichen Diskurses sei. Die wohl prominenteste Protagonistin der Gender-Debatte ist die us-amerikanische Feministin Judith Butler.

4 Diese Frage der Identitäten wird beispielsweise auch in bezug auf den Kampf gegen das rassistische Unterdrückungsverhältnis diskutiert. So schreibt Stuart Hall, Identitaten seien keine Wesensbestimmungne, sondern taktisches Mittel: »Schwarzsein als politische Identität ist – wie sich aus dem Verhältnis jeder Identität ergibt – immer komplex zusammengesetzt, immer historisch konstruiert Sie ist nie an demselben Ort, aber immer auf einen Ort bezogen, positional. Wir müssen über die negativen Wirkungen dieser Positionalität nachdenken. Sie können nicht wie früher die Diskurse einer Identität dadurch umkehren, daß Sie sie nur auf den Kopf stellen« (Stuart Hall: Rassismus und kulturelle Identitat).

Urteilt, auf daß ihr beurteilt werdet

Von der Schwierigkeit, sich einer Revolutionärin zu erinnern

I.

Als am Morgen des 9. Mai 1976 um 7.34 Uhr Ulrike Meinhof erhängt in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim aufgefunden wurde, dauerte es keine zwei Stunden, bis die Nachrichtenagenturen die staatliche Version des Selbstmords verbreiteten. Bis heute wird mit Strafe bedroht, wer die staatliche Selbstmordversion öffentlich bestreitet und von Mord ausgeht. Und dies, obwohl im Dezember 1978 die „Internationale Untersuchungskommission zum Tode Ulrike Meinhofs" zu dem Ergebnis kam: „Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen den Schluß nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte. Die Ergebnisse der Untersuchung legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen."
Man kann die Erwägungen der Kommission mit der Feststellung, daß Ulrike Meinhof ermordet wurde zuspitzen. Überhaupt muß angesichts der Häufung von Widersprüchen, Ungereimtheiten und offensichtlichen Lügen bei den Toden von Meinhof 1976, von Baader, Raspe, Ensslin und Schubert 1977 in deutschen Haftanstalten und bei all den anderen Opfern der Todesschußfahndung (zuletzt die quasi öffentliche Hinrichtung Wolfgang Grams in Bad Kleinen) von staatlich gewolltem und legitimierten Mord ausgegangen werden. Nicht die Linke hat diese staatlichen Morde nachzuweisen – dafür stehen bereits seit Jahren genug Hinweise und Indizien im öffentlichen Raum-, sondern der Staat müßte den Beweis für



Ulrike Meinhof im Mai 1969 auf einer Pressekonferenz in Hamburg

seine behaupteten Freitod- und Notwehrszenarien antreten. Daß in allen Fällen die Einstellung von Ermittlungsverfahren und die Nichtanklageerhebung gegen beschuldigte Beamte die Regel ist, zeigt, daß die verantwortlichen Stellen nicht mal selbst an den Bestand ihrer Theorien vor der staatstragenden Justiz glauben können.

II.

Auch 20 Jahre nach ihrem Tod ist Ulrike Meinhof eine der exponiertesten Vertreterinnen der Neuen Linken nach 1945. Im offiziellen Herrschaftsdiskurs ist ihr der Platz der gemeingefährlichen RAF-Terroristin zugewiesen. „Die" Linke pflegt ihre eigenen Bilder: entweder das der engagierten linken Journalistin, deren Weg in den bewaffneten Kampf den bedauerlichen Nachspann eines hoffnungsvollen Engagements darstellt; oder das der konsequent bewaffnet Kämpfenden mit dem entschuldbaren Vorspann der bürgerlich-reformistischen Journalistin. Beide Bilder wurden anläßlich ihres 20. Todestags durch zahlreiche Stellungnahmen ausführlich bedient und wie so oft läßt sich dabei einiges über den besprochenen „Gegenstand", aber noch mehr über die Haltung der Sprechenden erfahren.

Schon fast zum guten Ton gehört es, sich zunächst über das Nachwort des 1995 im Wagenbach-Verlag erschienen zweiten Bands Meinhof scher Konkretkolumnen („Deutschland Deutschland unter anderem. Aufsätze und Polemiken") lustig zu machen. Eine Susanne Schüssler fabuliert dort in schwer nachzuvollziehender Ahnungslosigkeit von der „hochtalentierten" Journalistin Meinhof, deren Radikalisierung heute oft kaum mehr verständlich sei. Die Sorglosigkeit und Ruppigkeit im Umgang mit Schwächeren oder Randgruppen sei geringer geworden in Deutschland, stellt Schüssler „erleichtert" fest und beim Lesen der Texte habe sie manches mal ein gedankenloses „glücklicherweise ist vieles anders geworden"-Gefühl beschlichen. Daß Schüssler dabei einige wichtige Beobachtungen zur Schreibweise Meinhofs formuliert, gerät leider in den Strudel eines publizistischen Desasters, dessen ideologischer Zweck in der Trennung der guten Journalistin von der gescheiterten Terroristin liegt. Dieses Manöver darf insofern als gelungen betrachten werden, als daß die Leserinnen über die Heimkehr des Wagenbachverlags ins Deutsche Reich nunmehr keine Zweifel mehr zu hegen brauchen. Die sozusagen spiegelbildliche Entsprechung dazu lieferte bereits im Dezember 1995 Carsten Otte in der Rezension des o.g. Bandes in der Jungen Welt. Otte attestierte Meinhof „biedere Politikberatung" und findet, daß vor 20 Jahren noch mit einer gewissen Naivität geschrieben werden konnte. Er kommentiert einen „Offenen Brief an Farah Diba", in dem Meinhof einen Propagandaartikel der Neuen Revue mit den tatsächlichen diktatorischen Verhältnisse im Iran 1967 konfrontiert, so: „Abgesehen davon, daß wohl alle halbwegs zurechnungsfähigen (!) Personen des öffentlichen Lebens heutzutage auf die belanglose Protestform des 'Offenen Briefes' verzichten, drückt die Akribie, mit der Ulrike Meinhof zu Werke geht, die einfältige Hoffnung aus, daß alles doch schon viel besser liefe, wenn nur jemand endlich die Wahrheit sagte." Daß Otte trotzdem Meinhof den Rang einer „Revolutionärin" zuspricht, muß demnach nicht an ihrem naiv-akribischen Journalismus liegen, sondern an ihrem zweijährigen Kampf im Untergrund und (ist Otte Zyniker?) ihrer vierjährigen Isolationshaft in Stammheim. Also: gescheiterte Journalistin und gute Terroristin.

Wenn Vanessa Barth in der Beute 1/96 mit ihrem Resumee, daß „...das große Stück deutscher Literatur, an dem Ulrike Meinhof mitschrieb, mit ziemlicher Sicherheit erst im Untergrund entstand" augenscheinlich ins gleiche Horn wie Otte stößt, liefert sie immerhin eine Reihe von Belegen für ihre Behauptung. Meinhof habe geglaubt, Unterdrückung funktioniere nur so lange, wie die Menschen kein Bewußtsein darüber hätten; Meinhof habe daher immer nur die Effizienz der Politisierung im Auge gehabt und sich als intellektuelle Avantgarde begriffen. Aus dieser Hierachisierung heraus habe Meinhof in der Bevölkerung weniger Subjekte, denn Objekte ihrer politischen Strategien gesehen. Barth stellt eine „Abwesenheit der Bevölkerung" insbesondere bei Meinhofs Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit fest, deren Mangelhaftigkeit zu „vielen unzutreffenden Analogien" geführt habe, wie die Gleichsetzung von Auschwitz mit der atomaren Rüstung, der Vergleich der Situation von Juden und Kommunisten 1933 mit der von Arbeitsmigranten und Studenten 1968. Diese zutreffende Einschätzung mündet dann allerdings recht bald unvermittelt in das eingangs zitierte Resumee, ohne daß deutlich wird, worin die (Dualität der großen Literatur, die im Untergrund entstanden sein soll, besteht.

Oliver Tolmeins Versuch, in der Maiausgabe der „Konkret" Ulrike Meinhof weder zur Ikone zu stilisieren, noch zur Projektionsfläche linker Abgrenzungs- und Vereinnahmungsrituale zu degradieren, ist leider nur teilweise gelungen. Was Vanessa Barth bereits in der „Beute" andeutete, faßt Tolmein in eine treffende Formel: „Die in den Jahren 1933 bis 1945 begangenen Verbrechen werden als das Ergebnis besonders zugespitzter antikommunistischer Herrschaftspolitik im Kapitalismus verstanden." Wenn also Meinhof „antikommunistische Herrschaftspolitik" als zentrale Kategorie repressiver staatlicher Feinderklärung begriff, dann waren für sie die Opfer dieser Politik – früher die Juden, heute Studenten; früher die Juden, heute das vietnamesische Volk – tatsächlich austauschbar. In der Konsequenz konnte dann auch die spätere RAF Auschwitz mit Dresden gleichsetzen (Erklärung zum Anschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg) und die Aktion des Schwarzen September (Geiselnahme von neun israelischen Sportlern in München 1972) als antifaschistische Aktion feiern. So verdienstvoll die Herausarbeitung dieser noch immer gern in der Linken verdrängten Tatsachen ist, so wenig sind diese Tatsachen geeignet, Meinhof bruchlos in dieses Raster einzuordnen. Wer Meinhofs Kolumnen aufmerksam liest, wird einer Ungleichzeitigkeit gewahr, in der sie schrieb und die sich in ihrer Kolumne „Drei Freunde Israels" vom Juni 1967 geradezu beispielhaft ausdrückt: sie differenziert dort zwischen dem Staat Israel als einer historischen Konsequenz der Shoah, dem ihre Solidarität gilt und der imperialen Machtpolitik der Regierung des Staates Israel, die sie verurteilt; sie zeigt den regierungsamtlichen Philosemitismus in der BRD als das, was er ist, nämlich mühsam unterdrückten Antisemitismus und verweist auf die ungebrochen dahinterstehenden Großmachtsphantasien in der damaligen BRD. Ulrike Meinhof: „Zionistin" wie „Antizionistin", „Revisionistin" wie „Antifaschistin"!?! Und dann etwa auch noch internationalistische „Nationalkommunistin", wie Tolmein mit seiner Behauptung nahelegt, für kaum ein Thema habe sich Ulrike Meinhof so hartnäckig engagiert wie für die Wiedervereinigung? Es macht ein wenig den Eindruck, als ob der Wunsch des Autors nach Originalität über den differenzierten Umgang mit historischen Fakten gesiegt hätte. Ohne Frage mag es aus der historischen Rückschau befremdlich erscheinen, wie lange Ulrike Meinhof Ideen vorgetragen hat „... wie das Geschäft, Deutschland zu regieren, besser erledigt werden könnte" (so Tolmein) – andererseits stand Meinhofs Diskussion um die Wiedervereinigung unter einer noch bis Mitte der 60er Jahre mit Gefängnis bedrohten Prämisse, nämlich mit „der" DDR zu reden! Noch im Mai 1966 wurden drei Männer vor der Staatsschutzkammer in Düsseldorf angeklagt und verurteilt wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot in Tateinheit mit verfassungsfeindlicher



Geheimbündelei und der Unterhaltung verfassungsfeindlicher Beziehungen zum Sportbund der DDR. Tatsächlich hatten die Beschuldigten Sportveranstaltungen in der DDR besucht, dort auch an Gesprächen mit Funktionären teilgenommen und in der BRD eine Sportzeitung herausgegeben, die durch den DDR-Verband finanziell unterstützt wurde. Zwei Mitglieder der DDR-Gewerkschaft wurden im Frühjahr 1960 wegen staatsgefährdender nachrichtendienstlicher Tätigkeit verurteilt. Ihr Vergehen: sie wollten einen Brief an einen Betriebsratsvorsitzenden eines Werks in NRW übergeben, was sie auch freimütig bei der Einreise in die BRD den kontrollierenden Polizeibeamten mitteilten. Diese wünschten eine gute Reise und informierten den zuständigen Staatsschutz, der dann die Festnahme vornahm. Die Liste dieser absurden Repression ließe sich fortsetzen und soll nur andeuten, daß die Meinhofschen Forderungen nach Anerkennung der DDR alleine schon geeignet war, die Aufmerksamkeit des Staatsschutzes auf sich zu lenken. Zu Recht sollte man Meinhofs Blick auf die Tagespolitik kritisch analysieren; Analyse bedeutet dann aber auch, Meinhofs politische Vorstellungen in ein Verhältnis zum damals herrschenden politischen Bewußtsein zu sehen, womit noch längst nicht ihre möglichen politischen Torheiten entschuldigt sind. Aber man wird dann schwerlich Ulrike Meinhof als nationale Tante (um-)deuten können...

III.

Ulrike Meinhof hat mit anderen für eine revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD bewaffnet gekämpft. Ulrike Meinhof ist nicht mit der Waffe in der Hand zur Welt gekommen. Interessanterweise wird zu wenig zur Kenntnis genommen, daß Ulrike Meinhof als 1934 geborene über zehn Jahre im nationalsozialistischen Deutschland sozialisiert wurde. Wenn auch die einzige diesen Lebensabschnitt reflektierende Biographie von Mario Krebs dem Meinhofschen Elternhaus tadellosen christlichen Widerstandsgeist attestiert, so bleiben damit Ulrike Meinhofs eigene Prägungen im Dunkeln; sie muß als ein Mensch gedacht werden, die eigene Erinnerungen an die Reichspogromnacht haben kann, die vielleicht ihre Lehrerinnen mit dem Hitlergruß zum Schulbeginn begrüßte, die Lesen und Rechnen mit antisemitischen und rassistischen Schulbüchern gelernt hat, also einen ganz normalen deutschen Lebenslauf vorzuweisen hat. Dieser Lebens- und damit auch „Frage"-komplex kommt im Bild der Journalistin und/ oder Kämpferin nicht vor. Und vielleicht muß Meinhofs langes Beharren auf den Möglichkeiten des demokratischen Systems genauer vor diesem biographischen Hintergrund betrachtet werden.

Ihr politischer Weg hat sie über das Einhalten der parlamentarischen Spielregeln außerparlamentarischer Opposition bis zur Stellung der Systemfrage geführt. Und sie hat versucht, ihre Antwort auf diese Fragestellung zu geben: „Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln." (Rote Armee Fraktion. Das Konzept Stadtguerilla). Ulrike Meinhof und ihre Mitstreiterinnen haben dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen. Meinhofs Tod am 31. Jahrestag des 8. Mai 1945 mag ein „Zufall" gewesen sein; und doch ist er ein Beleg dafür, wie wenig die Niederlage des deutschen Faschismus ein Sieg über den Faschismus bzw. seiner Ideologie an jenem 8. Mai 1945 gewesen ist. Die Kontinuität faschistischer Ideologie in der politischen Kultur der BRD zeigt sich eben auch in der physischen Liquidation der Menschen, die ihr mit den Waffen den Kampf angesagt haben.

Der heutigen Linken mag die Geschichte Ulrike Meinhofs, die gleichzeitig ein Teil der Geschichte der RAF ist, zuweilen suspekt erscheinen in Zeiten, in denen der Regelfall die Entwicklung von Plenumsrevolutionärinnen hin zu domestizierten Altlinken ist bzw. in den Parlamenten endet. Meinhofs Weg von Kindern, Küche und Konkret hin zum bewaffneten Kampf mag in der Tat verstörend sein für das eigene Arrangement mit den deutschen Verhältnissen. Und natürlich stellt sich die Frage, warum gerade Meinhof zum Objekt linker Geschichtsaufarbeitung auserkoren werden sollte. Zum einen hat Ulrike Meinhof die gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen thematisiert, dieser Aspekt der publizistischen Arbeit Meinhofs wird erst langsam wahrgenommen. Zum anderen war und ist ihr Weg in die Illegalität ein Politikum und sie stand sowohl als Journalistin wie als politische Gefangene im Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

IV.

Die „Nachrufe" auf Ulrike Meinhof in den vergangenen Wochen klingen hohl, sie sind ohne Resonanzboden. Sich ihr zu erinnern bedeutet, sich der Geschichte der Studentenbewegung der 60er zu erinnern, der sich Meinhof ebenso verbunden fühlte, wie auch die RAF sich auf u.a. diese Bewegung berief. Viele begnügen sich mit dem Mythos der 68er, ohne die Hintergründe und Affekte dieser Bewegung zu erforschen, eine Selbstvergewisserung über diese Geschichte findet selten statt. Die Verwunderung über den beispielsweise verqueren Theoriebezug Meinhofs zur Shoah könnte dann in die Erkenntnis überführt werden, daß die Studentenbewegung zwar seit den 60er Jahren die Verdrängung der NS-Verbrechen thematisiert hat, gleichzeitig aber eine sehr eigene Verdrängungsarbeit der so freigesetzten Fragen nach der Aktualität der Shoah geleistet hat. Die Meinhof attestierte „biedere Politikberatung" könnte als Widerschein einer Gesellschaft in ihren Texten begriffen werden, die Ulrike Meinhof erst langsam als das begriff, was sie war: „Einige Demokratien sind wie Kartenhäuser. Will man sie benutzen, stürzen sie ein." (Konkret 6/1967) Es gilt die Möglichkeit zu erschließen, Meinhof nicht von vornherein in die Journalistin bzw. das RAF-Mitglied zu scheiden und ihre journalistischen Arbeiten ebenso ernst zu nehmen, wie ihre späteren Texte: „der politische begriff für toten trakt, köln, sage ich ganz klar ist das gas. meine auschwitzphantasien dadrin waren, kann ich nur sagen, realistisch ... wenn man ein oder eineinhalb jahre dadrin überhaupt überlebt, nicht überschnappt, einfach verreckt, einfach kollabiert - kommt man da raus und ist, was sie gern hätten: ein nur noch lallender besenstiel – mit den worten von sigerist: 'zu keinem politischen widerstand mehr fähig' ... vielleicht ein noch immer vor-wut-hass-kochender kessel, wahrscheinlich aber: ausgebrannt, jedenfalls unfähig, auch nur zwei sachen noch zu koordinieren, zb einen brief nicht nur zuzukleben, sondern auch zu frankieren – eben fertig. das ist die wahrheit. weshalb jedes wort über 'die qualen' dadrin nur schamloses gewäsch sein kann. melville in moby dick sagt ... über 'die qualen' genau einen satz ... – nämlich: 'oh gott, welcher mund kann das aussagen?!' " (U. Meinhof 20. 5.1973) Ulrike Meinhof wurde zum Schweigen gebracht. Heute muß es darum gehen, eine Sprache wiederzufinden, die sich Ulrike Meinhof erinnert als einer, die widersprochen hat und auch danach gehandelt hat, ohne sie zur widerspruchsfreien wasserdichten Heldin zu stilisieren.

burrowski





Zu dem Vergewaltigungsvorwurf gegen Bernd

Anonyme Flugblätter verhindern Nachfragen und sind Grundlage wüstester Spekulationen.
Das war wohl auch beabsichtigt, denn ansonsten hätten die Schreiberinnen uns ja von ihrem Vorwurf des Täterschutzes in Kenntnis gesetzt. Möglichkeiten dafür gab es genug.
Wir sind die, die in dem Flugblatt als "der neue Zusammenhang von Bernd" bezeichnet werden.
Wir weisen den Vorwurf des Täterschutzes mit aller Entschiedenheit zurück.
Da das Schützen eines sexuellen Gewalttäters mit der schlimmste Vorwurf ist, der einer linken Gruppe, die auf revolutionär-feministischer bzw. antipatriarchaler Basis arbeitet, gemacht werden kann, und da es hier um unsere politische und moralische Glaubwürdigkeit geht, wollen wir dazu ausführlich Stellung nehmen.
Selbstverständlich sind wir parteilich mit Frauen in diesem patriarchalen Machtsystem, erst recht wenn es um dessen brutalsten Ausdruck, die sexistische Gewalt/Vergewaltigung durch Männer an einer Frau, geht.
Wir haben ein klares Verhältnis zum Patriarchat mit all seinen Gewaltstrukturen, auch in die Linke hinein. Unser Verhältnis haben wir Frauen der Gruppe durch jahrelange politische, feministische Positionen in Frauen- und gemischten Zusammenhängen dokumentiert und unsere Frauensolidarität und -parteilichkeit zum Ausdruck gebracht.

Nun zum Konkreten

Unsere Parteilichkeit mit den Frauen haben wir durch folgenden Umgang mit Bernd zum Ausdruck gebracht:
Zuerst ist klarzustellen, daß von einem "neuen Zusammenhang von Bernd" nicht die Rede sein kann. Wir waren und sind nicht mit Bernd organisiert und Bernd arbeitet auch nicht in unserer Gruppe mit. Dies war und ist den Schreiberinnen bekannt und folglich eindeutig im Flugblatt falsch dargestellt.
"Zusammenhänge" fallen nicht vom Himmel. So kannten einzelne von uns schon unterschiedlich lange Bernd, die Schreiberinnen und den von ihnen benannten antipatriarchalen Männerkreis, die alle miteinander befreundet waren, aus der Zusammenarbeit in einem internationalistischen Komitee. Die Schreiberinnen und wir waren bis Dez. 95 in gemeinsamen politischen Strukturen. Ein Mann aus unserer Gruppe war und ist mit Bernd befreundet und arbeitete mit ihm in Antifa-Zusammenhängen.
Anfang 95 wurden einzelne von uns von den Schreiberinnen privat über den Vorwurf des sexistischen Verhaltens gegen Bernd informiert. Zu der Zeit arbeiteten wir mit Bernd und anderen in einer Schulungsgruppe. Wir machten allen Beteiligten dieses Projektes den Tatvorwurf gegen Bernd offen, ebenso den kurze Zeit später erhobenen Vergewaltigungsvorwurf. Die Schreiberinnen legten uns nahe, die politische Zusammenarbeit mit Bernd einzustellen. Aufgrund für uns mangelnder Eindeutigkeit der Schreiberinnen, diskutierten wir in der Schulungsgruppe (durchaus sehr kontrovers) unseren Umgang mit den Vorwürfen und entschieden, die Zusammenarbeit mit Bernd einzustellen.
Dieses wurde den Schreiberinnen mitgeteilt.
Ein später gebildeter Diskussionskreis mit Interessierten um ein Flugblatt zu Jugoslawien wurde von uns ebenfalls informiert.
Wir als Gruppe diskutierten unseren weiteren Umgang mit dem Vorwurf und mit Bernd. Wir sind der Meinung, daß neben der Bekanntgabe von sexistischem Verhalten, sexistischer Gewalt und Vergewaltigung von Männern in linken Strukturen auch die Frage des Umgangs mit ihnen geregelt werden muß. Werden sie sich selbst überlassen, gibt es keinen Einfluß, keine Kontrolle über sie, gibt es keinen Schutz von Frauen.
Bernd konnte uns glaubhaft machen, daß er sich mit seiner Struktur und dem Tatvorwurf ernsthaft auseinandersetzen wollte. Wir entschieden uns also, den Kontakt auf unterschiedlicher Weise mit Bernd aufrecht zu erhalten, mit dem Ziel die soziale Kontrolle, die Auseinandersetzung, die Aufarbeitung und schonungslose Reflexion über die Tat seitens Bernd zu gewährleisten.
Konkret gab es von uns Frauen das Bedürfnis mit den Schreiberinnen Fragen zu klären, z.B. bzgl. ihrer widersprüchlichen Begrifflichkeiten, ihres eigenen unklaren Verhaltens und der Probleme des Handelns im Spannungsfeld zwischen dem Definitionsrecht der betroffenen Frauen und einer allgemeinen Definition von Vergewaltigung, entwickelt von der revolutionär-feministischen Frauen/Lesbenbewegung. Leider war dies nicht möglich, weil uns aufgrund unserer Fragen unterstellt wurde, wir würden unsere Parteilichkeit mit Frauen aufgeben und uns mit dem Patriarchat verbünden. So klärte sich nichts. Trotzdem entschlossen wir uns, den Standpunkt der Schreiberinnen, wie er uns schließlich übermittelt wurde, zu respektieren.
Gerne hätten wir die Auseinandersetzung auf breitere Füße gestellt, was sich aber nicht realisieren ließ.

Konkret zu den einzelnen Vorwürfen:

Bernd hat mit dem bestehenden Männerzusammenhang in dieser Zeit (Anfang 95) gebrochen. Dieser Zusammenhang war in der allgemeinen Auseinandersetzung über patriarchales Männerverhalten entstanden und begann dann auch eine Auseinandersetzung mit Bernd, als der Vorwurf des sexistischen Verhalten erhoben wurde.
Zu dieser Zeit war uns von dem Vergewaltigungsvorwurf noch nichts bekannt. Es ging bis dahin (Jan./Feb. 95) um Bernds sexistisches Verhalten.
Wir konnten und wollten Bernd nicht dazu zwingen, in diesem Zusammenhang weiterzudiskutieren, obwohl wir es problematisch fanden.
Nach unseren Erfahrungen produziert Zwang in einer Situation wie dieser, die geprägt war von Blockade, mangelndem Vertrauen und Rechtfertigungsargumenten seitens Bernd, nur Opportunisten, aber keine wirkliche Hinterfragung und keinen wirklichen persönlichen Fortschritt. Besonders unter Männern macht uns das scheinbar klare Verhältnis zwischen "Anklägern" und "Angeklagtem" mißtrauisch.
Hinzu kam, daß im Laufe des Herbstes nach ätzenden Diskussionen von diesen Männern und den Schreiberinnen der politische (aber nicht der persönliche) Bruch mit Bernd innerhalb ihres ehemaligen gemeinsamen Zusammenhangs vollzogen

wurde. Da einzelne von uns früher von denselben Leuten nach politischem Streit übel politisch diffamiert wurden, konnten wir uns des Verdachtes nicht verschließen, daß schnell einiges durcheinandergerät und konstruktive Arbeit nicht zu erwarten sei.
Trotzdem sind wir grundsätzlich der Meinung der Schreiberinnen, daß ein Mann in so einer Situation nicht das Recht hat, aus einem Männerkreis rauszugehen, wo gerade sein Sexismus thematisiert wird.
Die Männer unserer Gruppe erklärten sich bereit, mit Bernd die Auseinandersetzung über sein sexistisches Verhalten/ die Vergewaltigung und über sexistische Gewaltstrukturen unter Männern fortzusetzen und die Entwicklung transparent zu machen. Darüber wollten wir als Frauen Kontrolle ausüben, und so haben wir es den Schreiberinnen vermittelt und sie jeweils informiert.
Der Text der Schreiberinnen suggeriert, sie könnten ihre eigene Verantwortung an uns delegieren, und wir hätten uns nun als nicht tauglich erwiesen.
Wir legten von uns Wert darauf, die Schreiberinnen über unsere Schritte zu informieren.
Es gab die Vereinbarung, dafür zu sorgen, daß Bernd von Treffen, wo die betroffene Frau ist, verschwindet bzw. gar nicht erst auftaucht.
Wir und die Schreiberinnen forderten von Bernd, daß er jeden engeren politischen Zusammenhang, in dem er sich bewegte, über den Vergewaltigungsvorwurf gegen ihn informiert und sich der Diskussion und etwaigen Konsequenzen stellt.
Wir forderten außerdem von Bernd, daß er, wenn alle Beteiligten der Meinung sind, es gäbe deutliche Zeichen der Weiterentwicklung und schonungslosen Reflexion über die Tat, sich der betroffenen Frau erklärt, wenn sie das will.
Und letztlich wollten wir auch, daß er sich nochmals mit seinem ehemaligen Männerkreis auseinander-/zusammensetzt.
Diese Forderungen teilten wir den Schreiberinnen mit, und sie fanden ihre Zustimmung.
Da wir Frauen die Auseinandersetzung mit Bernd nicht persönlich führten, forderten wir ihn auf, seine Reflexion schriftlich an uns weiterzuleiten. Dem ist er einmal nachgekommen, mit völlig unzureichendem Resultat, welches hinter die geführten Diskussionen/Auseinandersetzungen mit den Männern weit zurückfiel.
Hierbei handelt es sich um den in Teilen im Flugblatt zitierten "Brief ohne Anrede", wobei anzumerken bleibt, daß die Darstellung der Schreiberinnen so nicht stimmt. Es gab keinen Kontaktabbruch zwischen uns Frauen und den Schreiberinnen, sondern wir haben ihnen Bernds Schreiben an uns, was niemals als Brief und schon gar nicht an die betroffene Frau gedacht war, gegeben mit dem Hinweis, wie das Schreiben zustandegekommen war und mit dem Kommentar, wie opportunistisch und unbegriffen von Bernd wir es finden.
Uns war es wichtig, sie auf dem laufenden zu halten und den Stand der Auseinandersetzung bei Bernd unbeschönigt zu dokumentieren.
Jetzt werden in dem Flugblatt die Tatsachen verdreht.
Unser Anliegen war, keine Zensur auszuüben oder einen Political-Correctness-Text von Bernd weiterzugeben, der nicht den realen Verhältnissen entspricht.
Zu der Schilderung des Einzugs eines neuen Mitbewohners bei Bernd können wir nur festhalten, daß er natürlich gefragt wurde, ob und wie er den künftigen Mitbewohner informiert hat. Wir wissen, daß es nur ein sehr oberflächliches Gespräch zwischen den beiden gab. Ausführliche Gespräche wollten beide nach Einzug und Urlaub des neuen Mitbewohners führen. Bevor es dazu kam, wurde der Mitbewohner das erste Mal von einer Frau angesprochen. Die Schilderung im Flugblatt der Schreiberinnen, die hierzu folgt, ist uns etwas schleierhaft.
Da keine/r aus unserer Gruppe die "Rund-um-die-Uhr-Überwachung" bzw., die" Ammenfunktion" bei Bernd übernommen hatte, werden/ wollen und können wir keine Verantwortung für zwei an Ernsthaftigkeit im Umgang miteinander unfähige Typen übernehmen. Die Verantwortung für diese unklare Geschichte haben die beiden.
Die Kritik der Schreiberinnen an uns wegen der mangelnden Bekanntmachung des Vergewaltigungsvorwurfes ist in Bezug auf einen Antifa-Arbeitskreis und die Kurdistanreise berechtigt. In dem Arbeitskreis, der Bernds einziger engerer politischer Zusammenhang zu der Zeit war, sind nur einige einzelne Personen informiert worden und nicht die TeilnehmerInnen insgesamt. Wir sind von etwas anderem ausgegangen und können hier nur unseren Fehler, unsere Ungenauigkeit zugeben. In Bezug auf die Kurdistan-Reise hätten zumindest die OrganisatorInnen informiert werden müssen. Auch das war ein Fehler, der nicht hätte passieren dürfen.
Wir nehmen keineswegs für uns in Anspruch, immer alles richtig gemacht zu haben.
Die Auseinandersetzung mit Bernd erwies sich als sehr schwierig. Er balancierte zwischen Verdrängung und Opportunismus. Er war zu jeder Abbitte bereit, aber oft unfä-



hig, sich wirklich zu reflektieren. Für uns ging die Sache an unsere eigenen Grenzen. Sie absorbierte enorm viel Kraft und beschränkte sehr stark unsere gemeinsame Handlungsfähigkeit.
Aufgrund der veränderten politischen Arbeit konnten wir auch den kontinuierlichen Kontakt von uns Frauen mit den Schreiberinnen nicht mehr halten.
Den Brief an die betroffene Frau, den auch wir in seiner konkreten Form und seinem Inhalt nicht akzeptabel finden, hat Bernd gegen unser Anraten abgeschickt. Allerdings schreibt Bernd darin nicht, wie in dem Flugblatt behauptet, daß er sich zu zweit treffen will.

Zurück zur Parteilichkeit

Klar ist, die Definitionsmacht haben wir Frauen und die Ausgrenzungen von sexistischen Gewalttätern/Vergewaltigern aus linken, politisch arbeitenden Strukturen ist ein erster relevanter Schutz für Frauen und verhindert die Ausgrenzung der betroffenen Frau.
Die Erfahrung unsererseits, auf Bernds Verhalten nur begrenzt Einfluß nehmen zu können und die Erfahrung, dem Anspruch, darauf zu achten, daß Bernd den Vergewaltigungsvorwurf gegen ihn offen macht, nicht gerecht zu werden, rechtfertigt nicht den Vorwurf des Täterschutzes und der Parteilichkeit für Bernd.
Uns völlig willkürlich aus den verdrehten Beispielen in dem Flugblatt mangelnde politische Diskussionen, Täterverhätschelung, Verharmlosung von sexistischer Gewalt an Frauen, Täterschutz und Parteilichkeit für einen Vergewaltiger vorzuwerfen, ist infam und entbehrt jeglicher Grundlage. Ihr macht uns, speziell uns Frauen, zu Feindinnen der Frauen/Lesbenbewegung. Diese ganze Auseinandersetzung hat uns wirklich keinen Schritt weitergebracht und ist bezüglich eines revolutionären Umganges mit Problemen und Fehlern, mit unbequemen Grauzonen zwischen Schwarz und Weiß, mit solidarischer Auseinandersetzung unter Frauen usw. eine glatte Bankrotterklärung.
Wir können das nur als gezielten Angriff, gerade auch auf unsere revolutionär-feministische Identität als Frauen, die in gemischten Zusammenhängen arbeiten, verstehen. Unsere oben aufgeführten Versuche eines korrekten Umgangs, die Diskussionen und Auseinandersetzungen unter uns und mit anderen über den Umgang mit sexistischen Verhalten und Vergewaltigung in linken Zusammenhängen/Strukturen haben stattgefunden und haben für uns Grenzen auch deutlich gemacht.
Die Verdrehung von Tatsachen in dem Flugblatt der Schreiberinnen kann hierfür jedoch niemals die Lösung sein.
Alles, was danach kommt, setzt zumindest bei gemischten Zusammenhängen die Kriterien, ob ein politischer und persönlicher Scherbenhaufen oder Ansätze der Weiterentwicklung übrigbleibt.
In diesem Sinne vertrauen wir auf einen differenzierten Umgang und sind an einer solidarischen, inhaltlichen Diskussion interessiert.

Wir haben ein Fach im Schwarzmarkt.
Hiermit haben wir alles gesagt, was in diesem Rahmen gesagt werden mußte.

Gruppe Revolutionäre Linke
Hamburg, den 16.5.96

L'EUROPE DES LUTTES

Einleitung

Wir sind eine Gruppe, die sich mit der Verständigung und Vernetzung zwischen linken Gruppen in Europa beschäftigt. Wir sehen es als eine unabdingbare Voraussetzung für eine solche Vernetzung an, daß Informationen zu den Situationen in verschiedenen Ländern vorhanden sind. Deswegen wollen wir, auf einer regelmäßigen Basis, zwei Seiten Kurzmeldungen aus anderen Ländern in der Zeck veröffentlichen. Wir fangen sehr klein an; hier wird unser Beitrag erstmal mit Meldungen aus England und Frankreich erprobt. Wir sind unter dieser Anschrift postalisch zu erreichen : **„L'Europe des luttes", c/o Schwarzmarkt Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.**
Wir freuen uns über Meldungen, Anfragen oder Mitarbeit.



FRANKREICH

Ils ont allumé la mèche...
Le capitalisme c'est la guerre

Gegen die Vampirparty...

Das nächste G7-Treffen wird am 27, 28, 29 Juni in Lyon (Frankreich) stattfinden. Bei jedem Treffen hat es Proteste gegen die neue Ordnung gegeben. Auch dieses Mal werden linke und radikale linke, aktivistische Strukturen (feministinnen, antifa, internationalisten, ...)und regierungsfeindliche Organisationen ihren Protest ausdrücken.
Dieser Protest wird sich auf einer gemeinsamen Grundbasis bilden: die Ablehnung des Liberalismus, der Arbeitslosigkeit und der Forderung nach Arbeit für alle...
In diesem Sinne wollen wir eine Kampagne in zwei Richtungen aufbauen:
- Vorbereitungskampagne über die Themen Kapitalismus, Internationalisierung, aber auch Protest und alternative Angebote
- Organisierung eines großen Treffens am 22 und 23 Juni in Lyon

Es ist eigentlich zu wünschen, daß diese Kampagne weiter bearbeitet werden kann. Auf diesem großen Treffen bieten wir vier Diskussionen an:
- Arbeitslosigkeit und Arbeit, Wachstumsgesellschaft, Entwicklung, Kapitalverkehr, Handel, Tourismus, Internet
- Neue Weltordnung, soziale Apartheid in Europa und überall
- Neue moralische Ordnung, Frauen, Religionen
- Umweltverschmutzung, Landschaftsplanung, Energie und Alternativen

Um diese Kampagne zu organisieren hat sich eine Gruppe gebildet, die verschiedene Gruppen untereinander vernetzt: Coordination des groupes anti G7 c/o Librairie La Gryffe, 5 rue Sébastien-Gryphe, 69007 Lyon, Frankreich.

Schluß mit den Abschiebungen!

Im April hat die Solidaritätsgruppe für illegale Flüchtlinge „Papiere für alle" das Reisebüro der Air France auf der Champs Elysées bezetzt.
Sie wollten:
- das Grundprinzip der Bewegungsfreiheit für alle Menschen betonen
- die Abschaffung des „Diskriminierungs Gesetzes" fordern
- ihre Solidarität mit dem Kampf der Illegalen für ihr Bleiberecht zeigen
- gegen die Abschiebungen protestieren, für die Air France Flugzeuge und Personal zur Verfügung stellt
- das Personal von Air France auffordern, sich an Zwangsabschiebungen nicht zu beteiligen
- zum Boykott von Air France aufrufen, die sich zum Handlanger der Polizei macht

In der selben Zeit haben die Air France-Betriebsgruppen der Gewerkschaften CFDT/FO, CGTC und USAF eine Protestresolution gegen die „unmenschlichen Bedingungen bei Abschiebungen" veröffentlicht.



GROßBRITANIEN

BESETZUNG

Am 4.5 haben ein paar Hundert HausbesetzerInnen, koordiniert von einer Initiative namens The Land is Ours, ein seit 6 Jahren leerstehendes Fabrikareal in Wandsworth/London besetzt. Die Fläche beträgt etwa 52,000 qm (13 A) und gehört dem multinationalen Guiness-Konzern. Guiness wollte das Gelände an die Supermarktkette Safeways verkaufen, die dort plant, einen Supermarkt und 110 Yuppie-Wohnungen zu errichten. Die HausbesetzerInnen planen Öko-Bauernhöfe aufzubauen, Gärten anzulegen, und billige Wohnungen und Raum für gemeinnützige Projekte anzubieten.
Das Projekt hat bislang ziemlich viel Unterstützung durch die Anwohnerschaft erhalten, sowie von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen im Stadtteil. Guiness hat zunächst einen Räumungsbefehl beantragt, und der erste Verhandlungstag fand am 15.5 statt, wo die Sache vertagt wurde.
The Land is Ours ist eine Gruppe die seit mehreren Jahren zum Thema Landverteilung und Umstrukturierung arbeitet. Ihr Ziel ist es eine Landreform herbeizuführen. Zu den allgemeinen politischen Forderungen gehören: Benutzung stillgelegter Industriegeländer für Sozialwohnungen und Stadtteilprojekte; Schutz öffentlicher Plätze für den Gebrauch der Gemeinde und ein Ende der Zerstörung öffentlicher Plätze; Ein Wohnwagenplatzgesetz (Das alte „Caravan Sites Act", das Gemeinderäte gezwungen hat, Plätze den in Wohnwagen lebenden Menschen, bes. den Roma und Sinti zu gewährleisten, wurde durch das Criminal Justice Act aufgehoben); Änderungen in der Agragpolitik und ein Ende der „intensiven" Landwirtschaft; eine Reform des gesamten Bauplanungsverfahrens.
Laut den uns zugänglichen Quellen wurde die jetzige Besetzung erstmal als Öffentlichkeitsarbeit und Protest konzipiert, mit der Möglichkeit daß interessierte Gruppen das Projekt übernehmen, falls es durchgesetzt wird. (Was PR anbelangt, ist es vielleicht erwähnenswert, daß das Datum gewählt wurde, um an die sogennante „größte Besetzung der Geschichte" zu gedenken, als, vor 50 Jahren, Luxushotels massenweise von entlassenen Soldaten und ihren Familien besetzt wurden). Inzwischen ist die Rede eher von Verteidigung. Nach dem Criminal Justice Act hat der Eigentümer das Recht nach 24 Stunden zu räumen und private Sicherheitskräfte zu diesem Zweck zu benutzen. Daß Guiness diesmal einen länger dauernden gerichtlichen Weg beschreitet ist schon interessant.
„Niemand wird unsere kaputten Städte wiederaufbauen, unsere kaputten Nachbarschaften und kaputte Gesellschaft, ... wir müssen es selbst unternehmen." Zitat vom 'Land is Ours' Pamphlet. The Land is Ours sind unter dieser Nummer zu erreichen: (0) 1865 722016.

BesetzerInnen helfen Asylsuchenden

Am 5.2, am Tag an dem Wohngeld und Sozialleistungen für Asylsuchende die sich an ihrem Ankunktsort nicht anmelden, gestrichen wurden, haben HausbesetzerInnen ein altes Gerichtsgebäude neben einem Kurdischen Volkshaus in Hackney, London besetzt, um Asylsuchenden Übergangsunterkunft anzubieten. Es soll stark von den MigrantInnengemeinden, vor allem von der kurdischen, unterstützt werden. Das Kollektiv nennt sich ARCH /Autonomous Refugee Centre Hackney). Die Kontaktnummer ist (0) 171 226 8938.

Earth First

Am 9.5 endete der Prozess gegen die 60 Earth First AktivistinInnen, die bei der Behinderung der Ausgrabung des Whatley Steinbruches im Dezember festgenommen wurden. Dieser Steinbruch soll Material liefern für den Bau einer Autobahn, und wird ein Loch in der Landschaft hinterlassen, das so groß ist, daß es vom Mond aus gesehen werden könnte! Alle AktivistInnen, die unbefugten Betretens unter Gewaltanwendung angeklagt waren, wurden freigesprochen.

Party!

Für den 13 Juli ist in London eine riesige Straßenbesetzung geplant. Diese wird von Reclaim the Streets koordiniert, einer Gruppe, die mehrere Straßenbesetzungen durchgeführt hat, mit zwischen 300 und Tausend TeilnehmerInnen. Die Praxis heißt, die Straße abzusperren, Sand zu streuen, Kinderspielplätze einzurichten und ganz viel tanzen! Kontakt: (0) 171 713 5874.

Offener Brief an die Zeck-Redaktion

oder Die Macht der Medien ist die Geduld der LeserInnen

Der in der Mai-Ausgabe abgedruckte Artikel "Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen" über den sexistischen Übergriff im LIZ wurde von uns nie so geschrieben. Er wurde ohne unser Wissen aus zwei Texten, die mit völlig unterschiedlicher Zielrichtung geschrieben wurden, von Euch zusammengeworfen! Der Text, um dessen Abdruck wir gebeten hatten, hat die Überschrift "Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen" und existiert auch als Flugi. Wir haben diesen Text sowohl auf Diskette als auch einen Ausdruck davon an Euch geschickt. Er wurde von Frauen aus dem LIZ geschrieben, um die Ereignisse in der linken "Szene" öffentlich zu machen und handelt sowohl von dem Übergriff als auch der Entwicklung danach zum einen im LIZ, zum anderen in der FAU. Von diesem Text stammt allerdings in der Zeck nur der vorletzte Absatz ("Mittlerweile.....öffentlich zu machen") und die Überschrift. Der andere Text, der vollständig abgedruckt wurde, stammt von der Unterstützerinnengruppe der betroffenen Frau und war an die FAU`lerInnen gerichtet. Es geht dabei z.B. um interne FAU-Streitigkeiten, die wir so nie veröffentlicht hätten, u.a. weil wir keinen Bock darauf haben, daß dieser Übergriff weiterhin auf Nebenschauplätzen nur noch als "privater Konflikt" behandelt wird. Der Text an die FAU entstand zu einem spezifischen Zeitpunkt und sollte den Versuch darstellen, nochmal ein paar FAU`lerInnen zu erreichen, die sich solidarisch zu der Frau fühlten. Wir gingen dabei NOTGEDRUNGEN auf die Ebene von Lüge und Wahrheit, weil dies eben die Ebene war, auf der einige FAU`ler versuchten, den Übergriff zu verharmlosen oder in Frage zu stellen, und wir es für notwendig hielten, bestimmte Sachverhalte richtigzustellen. Ansonsten halten wir es aber für gefährlich, auf diese kleinbürgerliche Gerüchteküche und das "du hast aber - nein, habe ich nicht"-Niveau einzugehen, da damit diejenigen, die vom eigentlichen Thema (SEXISMUS) ablenken wollen, genau dies erreichen.

Wir sind supersauer und wütend auf Euch, daß Ihr die Belange der betroffenen Frau mit Füßen getreten habt, indem Ihr diesen sexistischen Übergriff benutzt habt (um der FAU eins reinzuwürgen!?) !!!
Ihr habt Euch anscheinend nicht einen Moment lang Gedanken darüber gemacht, was das für die betroffenene Frau bedeutet! Daß sie ohnehin schon mit genug Scheiße konfrontiert ist, müssen wir ja wohl nicht noch betonen! Ihr habt sie und ihre Unterstützerinnen benutzt, um Euem Interesse an Szenetratsch Befriedigung zu verschaffen! Das sind Methoden, die wir so aus den bürgerlichen Medien zu Genüge kennen und die für uns nichts mit einem linken, HERRschaftsfreiem Anspruch zu tun haben.

Wir werden das nicht hinnehmen!
Wir fordern hiermit eine Stellungnahme dazu, warum Ihr unsere Texte ohne Kennzeichnung vermischt habt und warum Euch egal war, was dies für die betroffene Frau bedeutet! Wir fordern weiterhin, daá Ihr unseren Brief ohne Veränderung und ungekürzt in der Juni-Ausgabe abdruckt und daß Ihr den Text "Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen" ebenfalls vollständig in der Juni-Ausgabe abdruckt, damit das öffentlich gemacht wird, was uns wirklich wichtig ist!

Wir lassen uns nicht von euch benutzen!

die betroffene Frau, Unterstützerinnen der betroffenen Frau, Frauen aus dem LIZ und aus anderen Zusammenhängen

Stellungnahme der Redaktion:

Zum offenen Brief der Frauen aus dem LIZ und anderen Zusammenhängen

Der von uns in der Mai-Ausgabe abgedruckte Text "Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen" war nicht der Text, den ihr uns zugeschickt habt, sondern ein Text, den wir im Internet in einem öffentlichen Diskussionsbrett gefunden haben. Wir haben es versäumt, das zu erwähnen und darauf hinzuweisen, daß euer Text im Ordner gelandet ist.
Das war ein Fehler und tut uns leid!
Was ihr uns aber ansonsten alles unterstellt und vorwerft, ziehen wir uns so nicht an:

1. Wir haben niemanden und nichts "benutzt"!
Uns ist schleierhaft, woher ihr die Grundlage für eine so heftige Unterstellung nehmt! Wir hatten uns für den Internet-Text (und gegen euren) entschieden, gerade <u>weil</u> wir die Ebene von Szenetratsch und akribischem Aufdröseln, wer denn nun wann und wo und wie was gesagt oder getan hat, so weit wie möglich rauslassen wollten (sofern es nicht direkt den sexistischen Übergriff betrifft). Unser Interesse war, den Übergriff und die gescheiterte Diskussion darum öffentlich zu machen. Das haben wir mit dem Abdruck des Internet-Textes getan. Wie ihr darauf kommt, wir wollten Szenetratsch betreiben oder der FAU "eins reinwürgen", bleibt euer Geheimnis.

2. Der Internet-Text befand sich in einer öffentlich zugänglichen Box. Daß es sich um einen internen Brief handelte, war nicht ersichtlich (wie gelangen interne Briefe ins öffentliche Internet? Das wäre auch noch mal eine interessante Frage...). Da der Text, wie auch der von euch an uns geschickte, mit "Unterstüzerinnen" unterschrieben war, beide Texte u.E. größtenteils deckungsgleich sind, wir den Internet-Text aber für Außenstehende besser lesbar und verständlich fanden, hielten wir es für legitim statt eurem den Internet-Text abzudrucken.
Da die Info aus eurem Text, daß die FAU mittlerweile ausgezogen sei und die Bücherei mitgenommen habe, in dem Internet-Text fehlte, fügten wir den betreffenden Absatz ein.

3. Einig sind wir uns in der Redaktion, daß wir den Internet-Text niemals abgedruckt hätten, wenn uns dessen Charakter als interner Brief bekannt gewesen wäre. Als Konsequenz werden wir in Zukunft vorsichtiger sein mit Texten aus dem Internet. Lange und kontrovers haben wir darüber diskutiert, ob wir als (gemischte) Redaktion das Recht haben, in Texte einzugreifen, mit denen (zumeist Frauen) sexistische Übergriffe öffentlich machen wollen. Können wir in solchen Texten kürzen oder auf



andere Texte ausweichen, wenn doch die betroffene Frau den Übergriff mit einem ganz bestimmten Text öffentlich machen will (und dafür ihre Gründe haben wird)?? Ein solches Eingreifen kann für die betroffene Frau bedeuten, daß ihr wichtige Inhalte verzerrt oder gar nicht dargestellt werden, auch wenn wir nicht glauben inhaltlich eingegriffen zu haben. Um das zu vermeiden, bliebe uns lediglich die Entscheidung, einen solchen Text dann so wie zugeschickt oder gar nicht abzudrucken. Das Recht, Texte nicht abzudrucken, nehmen wir uns, denn wir verstehen uns nicht als bloße "Texte-zusammenkleben"-Combo. So stehen wir mit Texten wie eurem, die wir eigentlich nicht vollständig abdrucken wollen, vor dem Dillemma, daß uns als einziger Ausweg dann der Nichtabdruck bleibt, womit ja nun auch niemandem gedient ist (eine solche Entscheidung fällt uns bei dem Thema Öffentlichmachung von sexistischen Übergriffen tausendmal schwerer als bei anderen Texten, und so haben wir uns in der Vergangenheit stets, zum Teil mit Bauchschmerzen, zum vollständigen Abdruck entschlossen).



4. Nach wie vor sehen wir nicht, welche wesentlichen Informationen aus eurem Text in dem in der Mai-Ausgabe abgedruckten fehlen oder anders dargestellt würden. Da wir es aber problematisch finden, bei diesem Thema über eure Köpfe hinweg zu entscheiden, was wesentlich ist, und um allen LeserInnen die Möglichkeit zu bieten, beide Texte miteinander vergleichen zu können, haben wir uns nach langer Diskussion entschieden, euren Text (wie von euch gefordert) abzudrucken.

die redaktion



Rebellion als nette Geste

We get us creds we'll get you some money

Vor ihrer diesjährigen Tour wollten Rage against the machine durch zwei Soli-Konzerte für die anstehenden radikal-Prozesse ihren Status als "Sprachrohr der linken Szene" (Hamburger Abendblatt) und ihre enge Verbundenheit mit den Autonomen im Besonderen noch einmal unter Beweis stellen. Der "Give it back"-Habitus der Rocker von *Cogs in the machine* reichte in der Flora leider gerade mal für einen einstündigen Auftritt ohne Zugaben, sowie jeweils fünfminütiger Verweilzeit im autonomen Terrornest vor und nach ihrem Gig. Zudem forderten die fixen Kosten des Rockcircus einen hohen Zoll, so daß am Ende mehr Credibility für die Popstars als Kröten für die vier angeklagten Boys dabei herauskamen. Das gesamte Spektakel wirft somit erneut die Fragen auf, über die auch Meister Jacob seit nunmehr zehn Folgen in der jw doziert: Gibt es eindeutige Botschaften, die mit der Musik transportiert werden können, funktioniert Rock und Rebellion ohne Ausverkauf, oder werden rebellische Botschaften sowieso immer heimgeholt, vereinnahmt und zur Modernisierung der Musikindustrie und des Kapitalismus benutzt. Zwar verorten sich RATM eindeutig durch Texte und ihre Marketingstrategie (z.B. "We support our Troops" mit einem Photo der sexy EZLN-Guerrilla) auf der "guten" Seite, aber sie sind natürlich auch nur ein Teil des ganzen Business, denn ihre Produkte sind Teil des kapitalistischen Marktes, sie sind auf einem großen Label, haben zu lange Catering-Listen, haben Roadies, die für sie Soundcheck machen und dabei ihre Songs fast genauso gut spielen, wie sie selber, usw, enz. Zudem wirft die Sendero Luminoso-Werbefläche auf der Gitarre von Tim letztendlich die Frage nach dem Fundament ihrer Revolte auf: Das ist dann nicht mehr so lässig wie das Zapata-T-Shirt von Sänger Zak sondern entweder Affirmation, Provokation oder Dummheit.

Trotzdem war es ein netter Abend in trauter Runde und dank des Einsatzes eines 14-köpfigen Riot-Control-Units des Rote Flora-SWAT-Teams, das sich aus autonomen mit Spezialerfahrung und -ausbildung zusammensetzte, konnte das Konzert sehr kontrolliert über die Bühne gebracht werden. Insbesondere die sehr funktionalen Baugitter im Eingangsbereich ließen nostalgische Erinnerungen an vergangene Parkzeiten zu. Wenn zukünftige Riots so gut und reibungslos funktionieren, wie dieses Konzert, dann besteht doch noch Hoffnung auf die große Revolution. RATM werden dann sicher den Soundtrack dazu liefern. Bis dahin gehe ich aber glaube ich eher auf Technoparties.

kastrup



DIE MACHT DER MÄNNER IST DIE GEDULD DER FRAUEN

oder: Die gescheiterte Sexismusdiskussion im Libertären Zentrum Hamburg

Wir wollen mit diesem (längst überfälligen) Papier die momentane Situation im Libertären Zentrum öffentlich machen. Wir wollen darüber informieren, was im LiZ zum Thema Sexismus nach einem konkreten sexistischen Übergriff eines Mannes aus dem LiZ an Diskussionen bzw. (Nicht)Auseinandersetzung läuft. Und nicht zuletzt wollen wir mit diesem Schritt Druck auf Männer ausüben, sich mit Sexismus und der eigenen Rolle im Patriarchat auseinanderzusetzen und sich letztendlich zu verändern.

Zu den Namensabkürzungen im Text: Wir wollen die Typen klar benennen und ihnen damit "auf die Füße treten", aber gleichzeitig nicht einen persönlichen Kleinkrieg fördern, da wir Wert auf die politische Bedeutung des Geschriebenen legen. Daher haben wir uns für eine Zwischenlösung entschieden und nennen nur die Anfangsbuchstaben der Vornamen.

1. Der Übergriff und der Rauswurf von Folkert

Im November 95 hat Folkert M. aus der FAU-Ortsgruppe Hamburg eine Frau aus derselben Gruppe sowohl körperlich als auch verbal bedrängt und bedroht und ihre Grenzen überschritten. Die Frau vertraute sich kurz darauf anderen Frauen aus dem LiZ-Umfeld an. Darauf teilten diese Frauen Folkert am 29.11.95 beim wöchentlichen FAU-OG-Treffen mit, daß er aufgrund des sexistischen Übergriffs Hausverbot im LiZ habe. Folkert reagierte aggressiv und ließ die Frauen nicht einmal ausreden. Als er seine LiZ-Schlüssel abgeben sollte, schlug er eine der Frauen ins Gesicht, worauf diese sich zur Wehr setzte. Ein anderer FAU-Mann (T.) stellte sich zwischen Folkert und die Frauen und Folkert übergab seine Schlüssel an ihn. Die anwesenden FAU-Männer gingen dann in eine Kneipe, um darüber zu reden. Die Frauen machten den Übergriff öffentlich, indem sie im LiZ eine Erklärung aushängten, in der sie auch klarstellten, daß der Name der Frau zu ihrem Schutz nicht verbreitet werden sollte. Ferner riefen sie dazu auf, daß der Übergriff nicht als Einzelfall gesehen werden sollte, sondern eine allgemeine, breitere Auseinandersetzung mit Sexismus und Patriarchat im LiZ nötig sei. In diesem Zusammenhang machten sie auch öffentlich, daß in der Zeit zuvor eine Männer aus dem LiZ hinter dem Rücken von Frauen über Feminismus hergezogen hatten und durch "dumme Sprüche" aufgefallen waren; dies galt besonders für einige Männer aus der FAU.

2. Die Situation im LiZ nach dem Übergriff

Am Mittwoch, den 6.12.95 fand das monatliche LiZ-Plenum statt. Es waren so viele Leute wie noch nie da, besonders viele Männer, die uns größtenteils kaum oder gar nicht bekannt waren. Sie müssen zu großen Teilen aus Folkerts Bekanntenkreis gestammt haben, waren aber im LiZ nicht organisiert. Es wurde zu Anfang gleich beschlossen, daß über den Übergriff getrennt geredet werden sollte. Doch ein Mann aus der FAU (H.) stellte noch vorher den Antrag, daß Folkert rehabilitiert werden sollte mit der Begründung, daß bei ihm so viele Gerüchte angekommen seien, daß es unmöglich sei, die Wahrheit herauszufinden. Es wurde auch sofort die Aussage der Frau in Frage gestellt. Daraufhin verließen die meisten Frauen den Raum unter Protest und sammelten sich in einem anderen Raum, um zusammen über die Lage im LiZ zu reden. Die betroffene Frau war nach dem Antrag von H. vor dem LiZ zusammengebrochen und nicht mehr anwesend.

Als das Gesamtplenum sich wieder traf, stellten die Frauen erstmal einige Forderungen: Daß Folkert sich in einer Männergruppe auseinandersetzen sollte, in der sich auch Männer befinden, die nicht aus dem FAU-Umfeld stammen. An alle Männer ging die Forderung, daß sie bis zum Februarplenum Vorschläge erarbeiten sollten, wie die Auseinandersetzung mit dem Übergriff im LiZ und der FAU aussehen könnte und wie allgemein eine antipatriarchale Stimmung im LiZ entstehen könnte. Außerdem verlangten sie von 2 Männern aus der FAU (P. und T.), daß diese Stellung bezögen zu antifeministischen Sprüchen, von denen Frauen erfahren hatten. Allerdings wurde auch betont, daß die Frauen es als Zufall sehen, gerade über die beiden konkret etwas zu wissen und daß die Problematik alle Männer anginge.

Dann verlief das Plenum weiter so, daß einige Männer ziemlich dominant und hartnäckig Details zur Schlüsselabnahme von Folkert in Erfahrung bringen wollten. Es ging dabei nicht einmal um den Übergriff, sondern immer nur darum, ob Folkert mit einem Knüppel quasi zu Unrecht geschlagen wurde usw. Obwohl Frauen immer wieder darauf hinwiesen, daß dies nebensächlich sei und selbst als ein Zeuge der Abnahme den Ablauf genau geschildert und das Verhalten der Frau eindeutig als Notwehr bezeichnet hatte, ließen diese Typen nicht locker mit ihrer Sorge um Folkert. Einer (Pa.), der am vehementesten immer wieder klären wollte, ob Folkert dabei tätlich angegriffen wurde, wurde übrigens kurz vorher in einem Videoladen dabei beobachtet, wie er sich Pornos auslieh.

Zum Männerplenum wurde gesagt, daß dort allen Forderungen der Frauen zugestimmt wurde, bis ein Mann einwarf, daß das nicht stimmte und klarstellte, daß auf dem Männerplenum die ganze Zeit über Gerüchte und die Schlüsselabgabe geredet und daß dies von einigen Männern forciert worden sei. Darin stimmte ihm auf dem Plenum nur ein einziger Mann zu. Schließlich löste sich das Plenum irgendwann auf und es wurde ein weiteres Plenum für die Woche darauf vereinbart.

Am Donnerstag, den 14.12.95 fand das nächste Plenum dann ziemlich ausgedünnt statt. Die ganze Männergarde aus Folkerts Umfeld fehlte bis auf 3 FAU-Männer. Ein Mann hatte ein Flugblatt zum Männerplenum der vorigen Woche geschrieben, das nochmals einiges aufdeckte: Auf dem Männerplenum war der Übergriff und allgemein Sexismus zu keinem Zeitpunkt Thema; die Männer spalteten sich grob (!) beschrieben in zwei Gruppen: einmal die älteren Typen aus Folkerts Umfeld (FAU etc.) und zum anderen jüngere Männer aus dem LiZ. Die älteren Männer kümmerten nur Gerüchte um Folkert, die zu klären seien. Einem Mann wurde vorgeworfen, mutwillig Lügen über Folkert verbreitet zu haben; deswegen wurde ein LiZ-Hausverbot für ihn gefordert, da er sich sexistisch verhalten hätte (!), weil er "Konflikte auf dem Rücken von Frauen ausgetragen" hätte... Dieses Detail zeigt ganz gut auf, wie auf absurde Weise mit allen Mitteln versucht wurde (leider erfolgreich), vom eigentlichen Thema abzulenken, alles zu verdrehen usw. Zwar wurde der Übergriff selbst von den meisten nicht offen angezweifelt (von einigen aber auch!), doch kam dann immer das große ABER... Allgemein wurde durch das Verhalten der Typen deutlich, daß sie Frauen nicht ernstnehmen und Sexismus für sie einfach kein Thema ist. Daß diese Typen mit herrschaftsfreiem Anspruch durch die Gegend laufen, ist für uns der reine Hohn!

Diejenigen Herren, die diese patriarchale Scheiße verzapft hatten, waren auf dem zweiten Plenum wie zu erwarten nicht mehr anwesend. Auf diesem Plenum kamen immerhin die Frauen ausgiebig zu Wort und die anwesenden Männer waren bereit, sich auseinanderzusetzen; hörten zu und erzählten teilweise sogar relativ viel von sich. Auf diesem Plenum wurde zum ersten Mal bekannt, daß einige Männer aus der FAU HH ihren Mietanteil für das LiZ zurückgezogen hatten. Dies deutete einige als Solidaritätsbekundung für Folkert, was ein FAUler (T.) aber zurückwies. Folkert war mittlerweile aus der FAU-OG geflogen, womit die Forderung der betroffenen Frau, Folkert bei der politischen Arbeit nicht mehr begegnen zu müssen, erfüllt wurde. Er hatte übrigens vorher noch den Antrag gestellt, den Freund der betroffenen Frau aus der FAU auszuschließen.
Nach diesem Plenum hatten wir doch die Hoffnung, daß dies den Anfang einer ernstzunehmenden Auseinandersetzung mit Sexismus darstellen könnte.

3. Die Entwicklung in der FAU seit dem Übergriff und der Austritt der betroffenen Frau aus der OG

Die betroffene Frau versuchte zunächst, den Übergriff in der FAU-Ortsgruppe (OG) HH aufzuarbeiten, da dies zu der Zeit ihr politischer Zusammenhang war. Sie war die einzige Frau in der OG und fand nur durch ihren Freund, der ebenfalls Mitglied war, Unterstützung. Die anderen Männer verhielten sich teilweise offen und eindeutig solidarisch zu Folkert und sorgten auf subtilere Weise dafür, daß sie geradezu zur Täterin und Folkert zum Opfer gemacht wurde. Einige ältere Männer (D. und J.) kamen wegen Folkerts Ausschluß aus Protest nicht mehr ins LiZ und zogen ihre Mietanteile zurück. Einer (J.) forderte sogar den Ausschluß der betroffenen Frau und ihres Freundes aus der FAU mit der Begründung, daß er Folkert seit Jahren als jemanden kenne, der Frauen korrekt behandele. Daher sei der Übergriff wahrscheinlich erlogen!!! Keiner der Männer aus der OG scheint das weiter schlimm zu finden, da bis heute öffentlich noch kein Wort zu solchen Forderungen gefallen ist. Zunächst bestand in der OG Konsens darüber, daß die Treffen erstmal ohne sogen. SympathisantInnen (Nichtmitglieder, die aber die FAU unterstützen) stattfinden sollten, damit eine Aufarbeitung des Übergriffs auf einer Vertrauensbasis möglich sei. Am Anfang hatte die Frau das Gefühl, es könnte eine konstruktive Auseinandersetzung beginnen. Doch bereits nach zwei OG-Treffen war das Thema nur noch Nebensache und der Frau wurde u.a. der Vorwurf gemacht, warum sie Folkert nicht direkt nach dem Übergriff angesprochen hätte.

Es wurde immer wieder darauf herumgeritten, daß das LiZ jetzt finanzielle Probleme hätte, weil Folkert und die anderen Männer ja soviel Miete gezahlt hätten. Dies geschah in einer Häufigkeit und Art, die der Frau das Gefühl gaben, sie sei "Schuld" an dem Problem. Am 10.1.96 dann trat die Frau aus der OG aus, weil sie auf dem OG-Treffen auf keinerlei Verständnis traf als sie darum bat, daß einige SympathisantInnen, zu denen sie kein Vertrauen hatte, nicht an dem Treffen teilnehmen sollten. Weiterhin wurde von H. der Brief eines früheren FAUlers verlesen, der seinen Mietanteil ebenfalls aufgrund des Ausschlusses von Folkert zurückzog. Der Freund der betroffenen Frau trat ebenfalls aus der OG aus; beide blieben aber Mitglieder der Gesamt-FAU.

In der Gesamt-FAU wurde in der FAU-internen Mailbox (Computervernetzung) einiges zu dem Übergriff geschrieben. Dieses detailliert zu beschreiben, würde den Rahmen sprengen, auch wenn es sehr aufschlußreich ist, mit was für Männern wir es hier teilweise zu tun haben! Da geht es immerzu um "persönliche Differenzen", darum, wie unlibertär sich im LiZ gegenüber Folkert verhalten wird ("autonomer Kindergarten"), da wird angezweifelt, ob der "Vorfall" auch wahr sei, da heißt es, Folkert und die Frau sollten es gemeinsam klären; kein Verständnis davon, daß wir im Patriarchat leben. Alles wird auf Nebenschauplätzen ausgetragen und was die Herren da so schreiben, ist an Absurdität und Verdrehung der Tatsachen und der hier HERRschenden Realität kaum zu überbieten.

Da sieht frau, was die Herren so vom Stapel lassen, wenn es FAU-intern bleibt. So ist denn auch eine ihrer größten Sorgen, daß Papiere aus der FAU-Mailbox öffentlich gemacht werden (was unserer Meinung nach tief blicken läßt) und Frauen werden in dem Zusammenhang als Spitzel verunglimpft.

4. Die weitere Entwicklung im LiZ

Im LiZ wuchs zur selben Zeit erstmal etwas Gras über die Sache, weil von alledem nichts bekannt war, bis die betroffene Frau mit ein paar LiZ-Frauen in Kontakt kam. Seitdem ist die Situation immer weiter eskaliert, denn als einige Frauen den Männern (besonders P und T, weil sie sich noch im LiZ bewegen) auf die Füße traten, stellte sich immer deutlicher heraus, daß diese zur Auseinandersetzung kaum bereit waren, sondern versuchten, die Sache auszusitzen. Es wird nichts, was in der FAU abläuft, transparent gemacht und den Frauen wird vorgeworfen, daß sie eine repressive Stimmung im LiZ verbreiten. Es wird mit Lügen gearbeitet und oft müssen der Freund der betroffenen Frau oder Unterstützerinnen herhalten, die mit Diffamierungen mundtot gemacht werden sollen.

Es gab zu Anfang des Jahres den Versuch, durch gemeinsame Frühstücke etwas aufzuarbeiten. Nach einem Frühstück fielen die nächsten aber wegen mangelnder Beteiligung aus. Auf dem ersten Frühstück wurde die Situation wieder so dargestellt als ginge es nur um persönliche Konflikte. Den Frauen wurde zum Vorwurf gemacht, daß einige von ihnen mit bestimmten FAUlern nicht mehr reden wollten. Das war aber das einzige, wozu die Männer bereit waren: sich mündlich mit Frauen auseinanderzusetzen. Sie verstanden absolut nicht, daß und warum manche Frauen nicht bereit sind, sich an Männern abzuarbeiten. Wir empfanden auch das Auftreten und die "coole" Art einiger Männer bei dem Thema Männergewalt als äußerst unsensibel. Hier wird ausgenutzt, daß Frauen oft aufgrund ihrer eigenen Betroffenheit ein nicht so dickes Fell haben und aufgrund ihrer Emotionen dann nicht mehr sachlich und kühl weiterdiskutieren können. Wenn aber eine Frau dennoch selbstbewußt auftritt, wird ihr wiederum Arroganz oder eine autoritäre, unlibertäre Art vorgeworfen, um sie zum Schweigen zu bringen. Dafür reicht es schon, wenn eine Frau darauf besteht (durch Nachhaken), daß eine von ihr gestellte Frage beantwortet wird. So wird auf verschiedene Arten immer wieder vom Thema Sexismus abgelenkt bzw. sogar offen gesagt, daß es darum gar nicht ginge.

Nachdem das Frauenplenum bis zum Februar-LiZ-Plenum von der FAU eine Erklärung gefordert hatte, lagen zwei Papiere von einzelnen Männern der FAU im Plenum vor - wobei das eine erst auf die Nachfrage einer Frau ausgelegt wurde. Die Papiere enthielten zum Teil persönliche biographische Anteile, aber auch die Aufforderung an andere Männer, sich mit sich und den eigenen sexistischen Anteilen auseinanderzusetzen.

Dieses Plenum war geprägt von gedrücktem Schweigen. Es wurde stark auf einer persönlichen, die "Stimmung" im LiZ betreffenden Ebene geredet (anknüpfend an die LiZ-Frühstücke). Nachdem auch hier wieder eine Frau das Plenum aufforderte und anregte, den Rausschmiß Folkerts in eine grundlegende Patriarchats- und Sexismusdiskussion einzubinden, herrschte allgemeines Schweigen und der Eindruck bzw. die Atmosphäre von Aussitzen der Situation. Das Plenum löste sich dann auf, indem irgendwann die ersten aufstanden und sich verdrückten ...

Im Februar wurde dann auf dem Frauenplenum eine weitere Aufforderung an die FAU beschlossen und zusätzlich an alle Männer im LiZ formuliert, da wir stark den Eindruck hatten, daß sich sehr auf die FAU konzentriert wurde (und wird) und alle anderen Männer sich scheinbar nicht gemeint und angesprochen fühlen (wollen). Das kurzzeitig existierende Männerplenum scheint sich mangels Männern nicht mehr zu treffen und so ist auch von den sich antipatriarchal nennenden Männern im LiZ nichts zu hören! Ende Februar bekamen die Frauen dann eine Erklärung der FAU HH vorgelegt, die mit dem Vorwurf beginnt, das Frauenplenum sei ignorant, da die FAU gesprächsbereit sei (so auch auf dem angeregten und von intensiver Diskussion bestimmten Februarplenum ???) und sich nicht mit einem weiteren Papier am "Papierkrieg" beteiligen wollte. So sind also Frauen dafür verantwortlich, daß die FAU-Männer das Maul nicht aufkriegen ?!?!

In der Erklärung wird zwar betont, daß Gespräche und Auseinandersetzungen (auch mit Folkert) stattfinden würden, wir halten diese Aussage aber angesichts des Verhaltens einiger Männer im LiZ für nicht sehr glaubwürdig und eine formale Bestätigung ohne weitere inhaltliche Darstellung der Auseinandersetzung reicht uns auf gar keinen Fall !

Solange die Diskussionen innerhalb der OG HH und der FAU bundesweit nicht transparent und nachvollziehbar gemacht werden, liegt doch der Verdacht sehr nahe, daß 1.) der Übergriff von Folkert als "internes" Problem abgetan und nicht in seiner politischen Tragweite eingeordnet wird und 2.) daß einige "Herren" der FAU nicht daran interessiert sind, daß ihre Haltungen in diesem Zusammenhang öffentlich bekannt werden.

Dies als Kritik an die FAU HH: Wir haben den Eindruck, daß ihr Informationen und Positionen, die alle (Frauen und Männer) im LiZ angehen, zurückhaltet bzw. z.T. erst sehr spät zugänglich macht.
Dient das der Verschleierung oder ist es Hinhaltetaktik ?! Paßt auf jeden Fall vorzüglich zu der Tatsache, daß seit fünf Monaten Nebenschauplätze aufgemacht werden, auf denen persönliche Geschichten in Schlammschlachten ausgetragen werden, während eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit patriarchalen, sexistischen Herrschaftsstrukturen und Verhaltensmustern (auch - und gerade ganz konkret - in der Linken bzw. im sich "herrschaftsfrei" nennenden Libertären Zentrum !) verweigert wird.

Zum Märzplenum im LiZ ist noch zu sagen, daß auch hier Frauen eine Sexismusdiskussion einforderten und sich nochmals die Mühe machten, ausführlich darzulegen, wieso und warum sich Männer doch mal mit dem Thema Patriarchat beschäftigen sollten. Außerdem wurde eine Unterstützerinnengruppe für und mit der betroffenen Frau bekanntgegeben. Auf diesem Plenum gab weiterhin ein FAU-Mann (R.) bekannt, daß er seine Mitarbeit und finanzielle Unterstützung für das LiZ kündige; der Umgang miteinander sei so unlibertär ...Herzlichen Glückwunsch, "Genosse" ! - zu dieser Feststellung, das können wir nur bestätigen: Solange patriarchale Unterdrückung auch hier nicht thematisiert wird, kann sie wahrlich keinER libertär nennen.
(Später wurden noch weitere "Austritte" von FAU-Männern aus dem LiZ bekannt; einer ist begründet mit der angeblich "repressiven Stimmung" im LiZ [wer unterdrückt hier eigentlich wen ?!?!], die "opportune Leute" erzeuge [wo bleibt die Selbstverantwortung für eigenes Verhalten ??] und andere "sozial erpresse".)

Im Laufe des Plenums verweigerte sich ein Mann (T) noch ausdrücklich der Auseinandersetzung und ein anderer (P) warf dem einzigen Mann, der signalisierte, sich mit Männern im LiZ auseinandersetzen zu wollen, "Phrasendrescherei" vor.

5. Und nochmal die FAU....

Am ersten Märzwochenende gab es dann im LiZ das Regionaltreffen Nord der FAU. Eine von uns war auf dem Treffen als Unterstützerin der betroffenen Frau anwesend. Ein Mann aus HH (P) sagte bei den OG-Berichten, die OG HH hätte in letzter Zeit nichts "Politisches" gemacht, da sie sich nur mit dem Übergriff auseinandergesetzt hätte. Dieses Zitat zeigt mal wieder, daß Sexismus für die Herren kein Politikum darstellt, sondern rein privat ist. Ein Mitglied der FAU-OG (R), der gerade wieder aus dem Ausland zurückgekommen war, "wußte" trotzdem, daß unsere Version der Schlüsselabnahme von Folkert voller Lügen steckte und bezeichnete die Forderungen des Frauenplenums an die FAU als Unverschämtheit. Bezeichnenderweise war rechtzeitig vor dem Treffen unser Plakat mit eben diesen Forderungen aus dem LiZ verschwunden und auf dem Plakat mit der Überschrift "An alle Männer" stand handschriftlich das Wort "Phrasendrescherinnen". Insgesamt gab es auf dem Treffen immer wieder Appelle an "beide Seiten", sich doch wieder zu vertragen. Im Protokoll war später besonders hervorgehoben, daß die Unterstützerin alles mitgeschrieben hätte ...

Die betroffene Frau ist mittlerweile auch aus der Gesamt-FAU ausgetreten.

In der Woche vor dem Aprilplenum erfuhren wir nur durch Zufall, daß Folkert an einer FAU-Aktion in Frankfurt teilgenommen hatte und daß auf dieser Aktion auch Mitglieder der OG HH gewesen waren. Wir gaben dies auf dem Aprilplenum bekannt und forderten aufgrunddessen und aus dem Eindruck, daß die FAU HH sich nicht auseinandersetzt und uns verarscht, daß die FAU als Gruppe aus dem LiZ ausgeschlossen wird. Trotz dieser Forderung lief das Plenum ähnlich ab wie die vorhergehenden und es wurde einmal mehr deutlich, daß Frauen immer wieder bei Null anfangen müssen und sich nichts weiterentwickelt. Die beiden anwesenden FAU-Männer (P und T) verstanden die Forderung nach Transparenz ihrer Auseinandersetzung (falls diese überhaupt stattfindet) nicht, sahen den Konflikt nicht in gesellschaftlichen Dimensionen, sprachen von der Angst einiger FAU-Männer vor den Frauen aus dem LiZ usw. So heißt das also, wenn Frauen zum x-ten Mal von Männern fordern und auf sie Druck ausüben (denn ohne Druck hat sich bekanntlich noch nichts bewegt!), eigene patriarchale Anteile zu erkennen und zu verändern...?!?! Wenn's nicht so bitter wäre, könnten wir uns direkt amüsieren über die armen Kerle ...
Es ging die ganze Zeit darum, daß wir doch alle sensibel miteinander umgehen sollten, wobei der Tenor dann der war, daß auf die Gefühle der Männer (inklusive Folkert) ja Rücksicht genommen werden müßte. Auf die Bemerkung, daß bei Faschos wie Rieger sich auch niemensch Gedanken machen würde, meinte P nur, er sei ja wohl nicht Rieger. Er verstand offensichtlich nicht, daß er als Mann im Patriarchat eben sehr wohl Täter ist. Ein absoluter Hammer war aber, daß das Verständnis für die betroffene Frau nicht annähernd so groß war. Als ihr Name fiel und von uns der Hinweis kam, daß sie nicht will, daß ihr Name bekannt ist, kam daraufhin nur, daß sei egal, weil eh jeder wisse, wer sie ist. Als wir klarmachten, daß dennoch Rücksicht genommen werden soll und daß es sowieso unglaublich sei, daß ihr Name einfach so von der FAU-OG verbreitet wurde, kam tatsächlich noch die Lüge, das seien ihre Unterstützerinnen gewesen!

Fazit: Wir sollen alle lieb zu allen Menschen sein, aber auf den Gefühlen der betroffenen Frau darf jedeR rumtrampeln, wie er/sie will. Was unsere Forderung anging, wurde diese auf eine VV in 14 Tagen vertagt, bis dahin wollte sich die FAU freiwillig nicht im LiZ treffen. Mittlerweile hat sich die FAU HH entschieden, das LiZ zu verlassen und im Zuge dessen gleich die LiZ-Bibliothek mitgenommen, da angeblich über 90% der Bücher ihnen gehören ...

Dieses Verhalten und die oben beschriebenen Aussagen werten wir als eindeutige Nichtbereitschaft, Verweigerung und Absage, sich mit eigenen sexistischen Verhaltensweisen zu beschäftigen!
Wir sind auch nicht bereit zu warten, bis Männer von ihrer Ignoranz ablassen und nach einer Zeit von mittlerweile fast fünf Monaten seit dem Rausschmiß von Folkert interpretieren wir auch Schweigen, sich in Plena oder sonstwo nicht Äußern und den Rückzug aus dem LiZ als klare Unfähigkeit zur bzw. bewußte Ablehnung der Auseinandersetzung !
Dieses Männerverhalten trägt zu einem Klima bei, daß es Frauen schwermacht, sexistische Gewalt von Männern öffentlich zu machen !

Wir werden uns nicht mehr entblöden, unsere Forderungen wieder und wieder zu betonen. Schon jetzt ist zuviel Energie und (anfängliche) Offenheit bei uns ent-täuscht worden. Vielleicht hat es bei uns zu lange gedauert, bis wir begriffen haben, daß hier das übliche Muster abläuft: Frauen fordern geduldig Männer zu (konstruktiver!) Auseinandersetzung auf und es geschieht rein gar nichts !
Für uns ist jetzt ein Punkt erreicht, wo klar ist, daß wir uns diesen ganzen Mist nicht mehr reinziehen wollen ! Wir sind nicht mehr bereit, uns an Männern (im LiZ) abzuarbeiten !
Wir werden uns (im LiZ) verstärkt getrennt als FrauenLesben organisieren und verhalten !
Wir werden uns nicht verdrängen lassen !
Wir werden uns unseren Raum schon gar nicht nehmen lassen !

Ohne uns Frauen gibt's keine Revolution !

BASTA !

Frauen/Unterstützerinnen aus dem LiZ



Faschismustheorien und Antifamobilisierung

Teil II

›Erinnern wir uns‹

Nach einem kurzen Einführungsteil zum Hetendorfer Nazizentrum und zu den für dieses Jahr geplanten Stör- und Gegenaktionen während der sogenannten ›Hetendorfer Tagungswoche‹ haben wir nach einer Überleitung und Begründung unseres Vorgehens die Faschismusdeutungen von

- Georgi Dimitroff (Faschismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)
- Moishe Postone (Antisemitismus und Fetischtheorie)
- Wilhelm Reich (Faschismus – Familie – Sexualität – Patriarchat)
- Zygmunt Bauman (Zivilisationskritik)
- Michel Foucault (Biomacht – Biopolitik – Rassismus)
- Klaus Theweleit (Das ›Andere‹ als Bedrohung der eigenen ›Identität‹)

skizziert.

Es folgten einige grundsätzliche Bemerkungen zur Einordnung/Verbindung der einzelnen Erklärungsmodelle. An dieser Stelle wollen wir den Faden wieder aufnehmen.

Viele Fragen – wenig Antworten ...

Die hier vorgestellten Deutungsmodelle scheinen sich alle implizit auf eine ›marxistische Sichtweise‹ zu beziehen, sie vorauszusetzen und zumindest nicht in Gänze abzulehnen. Allerdings stellt Foucault mit seinem Ansatz das marxistische Basis-Überbau – Modell massiv infrage. Ebenso kritisiert er die besonders von MarxistInnen häufig vorgenommene Aufteilung in ›falsches‹ und ›richtiges‹ Bewußtsein (und somit auch eine Politik der ›Missionierung‹), denn Wahrheit (auch die ›linke‹...) wird, so Foucault, stets diskursiv konstruiert.

An dieser Stelle wollen wir uns noch einmal kurz die einzelnen Ansätze vornehmen, um sie unter anderem aus feministischer Sicht zu kritisieren:

Zu Moishe Postone:
- Seine kapitalismuskritische Analyse des Antisemitismus bleibt letztlich in der marxistischen Logik stecken. Der Holocaust läßt sich unserer Meinung nach nicht mit einem ausschließlich auf Kausalitäten aufbauenden Denkmodell erfassen.
- Postone spricht von der besonderen Qualität des Antisemitismus, übersieht aber, daß sein Ansatz durchaus auf andere Rassismen anwendbar ist.

Zu Wilhelm Reich:
- Durch die Setzung eines Idealtyps von Sexualität (der heterosexuellen, genitalen) bewegt Reich sich eindeutig in heterosexistischen und patriarchalen Strukturen.

Zwar bedeutet die Absage an die traditionelle Kleinfamilie eine Vervielfältigung der Lebensmöglichkeiten, aber von ›Befreiung‹ kann keine Rede sein. Die Reichsche Befreiungsideologie bildet einen Teil des herrschenden Sexualitätsdiskurses und ist somit (u.a. wegen der Setzung eines sexuell ›gesunden‹ Menschen, siehe Foucaults Analyse der Biomacht) schon rassistisch.
- Reich geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er die der ›Rassen‹ideologie anhängenden Menschen als "biopathisch" (also als ›krank‹ auf ›biologischer‹ Ebene) bezeichnet und somit RassistInnen seinerseits mit biologistischen und rassistischen Denkmustern kritisiert.
- Die Reichsche Form von Therapie, die das Ziel hat, Menschen ihrer ›wahren Identität wieder näherzubringen‹, reproduziert den Ausschlußcharakter rassistischer, sexistischer und biologistischer Denkmuster.

Zu Zygmunt Bauman:
- Die für seine Faschismus-Analyse zentralen Bereiche der modernen ›Zivilisation‹ (Bürokratie, Militär, Industrie und Partei) sind sämtlich durch Männer dominiert, wenn nicht sogar teilweise exclusiv von ihnen besetzt. Dies würde eine vollkommene Nichtbeteiligung von Frauen am Entstehen und Existieren von Faschismus nahelegen; Frauen kommen in seiner Analyse einfach nicht vor.
- In Baumanns Kritik an der instrumentellen Verfügungsmacht (z. B. der Bürokratie) schwingen allerdings schon Elemente einer Kritik an patriarchalen Verhältnissen mit.

Zu Michel Foucault:
- Foucault weist zwar die Verwobenheit von Rassismus und Sexualität in seinem Konzept der Biomacht nach, benennt aber die geschlechtsdifferenten Auswirkungen des Sexualitätsdiskurses nicht klar genug: Biopolitik ist in der Form von bevölkerungspolitischen Maßnahmen vor allem an Frauen gerichtet.

Zu Klaus Theweleit:
- Auch bei ihm finden sich Setzungen eines ›gesunden‹ Menschen (ohne ›Körperpanzer‹), die in ihrer Normativität höchst problematisch sind.

An allen vorgestellten Deutungsmodellen ist zu kritisieren,
- daß sie sich gar nicht oder in zu geringem bzw. undifferenziertem Maß mit anderen, bereits existierenden Ansätzen auseinandersetzen und so in gewisser Weise eine ›hermetische Logik‹ (!) entfalten;
- daß sie zwar indirekt oder erklärtermaßen als solidarisch mit feministischen Positionen gesehen werden (wollen) oder diese voraussetzen, jedoch Frauen faktisch nicht vorkommen (Ausnahme: Theweleit).

Der (auch in diversen marxistischen Theorieansätzen, siehe Postone) fundamental wichtige Subjekt-/Identitätsbegriff ist durch gleichzeitig rassistische und sexistische Ausschlußmechanismen charakterisiert.

Frauen im Faschismus

Bevor wir die Diskussion über die unterschiedlichen Ansätze einer Faschismusanalyse dadurch abschließen, daß wir einige der zentralen Begriffe zueinander in Beziehung zu setzen versuchen, wollen wir noch kurz auf Faschismusdeutungen aus feministischer Sicht eingehen:



Die (deutschsprachige) feministische Forschung zum Faschismus besteht bisher vor allem aus frauengeschichtlichen Untersuchungen, die sich mit der Frage nach dem Ort und der Rolle von Frauen im NS beschäftigen.
Faschismus wurde lange Zeit ausschließlich als "Extremform des Patriarchats" bzw. als patriarchales System untersucht, wobei Frauen primär als Opfer des Faschismus betrachtet wurden. Antisemitismus bzw. Rassismus von Frauen wurden weitgehend ausgeklammert bzw. tabuisiert. Die Gruppe ›Frauen gegen Antisemitismus‹ weist in diesem Zusammenhang auf die Gefahr der Selbstidealisierung durch einen verengten Blickwinkel hin (siehe Literaturliste). In letzter Zeit geraten auch die anderen Rollen von Frauen im Faschismus (Mittäterinnen, Unbeteiligte, Profitierende, Widerstandige, Verfolgte) ins Blickfeld feministischer Forschung. Zu nennen waren hier z. B. die Ansätze von
Karin Windaus-Walser, die sich für ein Konzept einer ›Mittaterinnenschaft eigener Art‹ von Frauen ausspricht. Sie erganzt die patriarchale Logik um eine ›muttermächtige Logik‹, die zusammen eine Einheit bildeten. Sie geht davon aus, daß der faschistische Mutterschaftskult auch von Frauen vehement vorangetrieben wurde.
Claudia Bernardoni behauptet sogar ein spezifisches Interesse von Frauen an Rassismus aufgrund der patriarchalen Unterdrückung. Als ›Arierinnen‹ erhielten Frauen (vermeintlich) einen höheren gesellschaftlichen Status, der sexistische Unterordnung zu kompensieren versprach.
(In der Literaturliste am Ende finden sich mehrere Titel zum Weiterlesen, u.a. von Autorinnen, die in der sehr kontrovers geführten Diskussion um die ›Mittäterinnenschaft‹ von Frauen Stellung bezogen haben.)

Um nicht allzusehr der Gefahr zu erliegen, wieder mal die verschiedenen Ansätze nur aneinandergereiht zu haben, wollen wir in aller Kürze etwas zum Zusammenhang der zentralen Begriffe
FASCHISMUS - ANTISEMITISMUS -
PATRIARCHAT - KAPITALISMUS - RASSISMUS
sagen:
"Allen Rassismen gemeinsam ist, daß den Opfern ein Platz auf der Werteskala unterhalb des eigenen zugewiesen wird und sie dort als ›von Natur aus Minderwertige‹ bleiben sollen."(2)
"Sie lassen sich auch nicht völlig ableiten aus anderen Verhältnissen, sie haben eine relative Autonomie gegenüber Patriarchat und Klassenherrschaft."(3)
Unserer Ansicht nach läßt sich eine Zuordnung von Rassismus und Antisemitismus vornehmen. Antisemitismus lediglich als eine Art von Rassismus aufzufassen, greift jedoch zu kurz ("Antisemitismus ist ein besonderer Rassismus."(4)), da der Holocaust als Produkt von Antisemitismus eine besondere, nahezu ›unfaßbare‹ Qualität besitzt. Ihn allerdings ganz von Rassismus zu trennen, wie Postone es nahelegt, scheint uns auch nicht sinnvoll zu sein.

Weiterhin sind Faschismus und Kapitalismus offensichtlich miteinander verknüpft, allerdings nicht nur auf ökonomischer Ebene wie es die ›klassischen‹ marxistischen Deutungsmodelle, z.B. Dimitroff (siehe Teil I) nahelegen.
Jedoch läßt sich sagen, daß Faschismus eher in ›entwickelten‹ krisengeschüttelten kapitalistischen Gesellschaften auftritt und ihm eine – den Kapitalismus stützende – Funktion zukommt, auch wenn er im Laufe seiner Existenz eine eigene besondere Qualität und Einheit entwickelt. Kapitalismus wird nicht durch Faschismus beendet oder abgelöst: Es gibt keinen Faschismus ohne Kapitalismus.

Gisela Bock betont Verschränkung und gegenseitige Verstärkung von Sexismus und Rassismus. Rassismus verstärke den Sexismus als Herrschaftsform deutscher Männer uber ›ihre‹ Frauen und über ›fremde Völker‹.
Wie bereits gezeigt, reicht eine Kritik an patriarchalen Verhältnissen jedoch nicht aus, um Faschismus zu erklären.

Das "3:1-Papier" hebt als wichtigste Ansatzpunkte für eine Diskussion über das Verhältnis der gennanten Komplexe folgende drei Punkte hervor:
• die Gleichzeitigkeit der Existenz der Herrschaftsmechanismen
• die gegenseitige Durchdringung
• und die gegenseitige Stabilisierung
Faschismus, Kapitalismus, Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat stehen nicht in einem hierarchischen oder systematischen Verhältnis, d.h. es gibt keine Haupt- und Nebenwidersprüche.
Denkbar wäre ein wechselndes Offentsichtlichwerden einzelner Faktoren im Verlauf der Geschichte bzw. wechselnd nach Kulturkreisen/Nationen/sozialer Stellung. Die einzelnen ›-ismen‹ konkurrieren zwar, scheinen teilweise gegensätzliche Interessen zu haben (›Folgte der Holocaust einer kapitalistischen Verwertungslogik?‹); letztlich aber sieht es so aus, als stabilisierten sie sich – gerade in ihrer Konkurrenz – gegenseitig.

Neonazis / Neue Rechte – Alltagsdiskurs – Rechtsruck oder: Der Laden läuft ja auch so!

Nach diesem Exkurs wollen wir jetzt zur aktuellen gesellschaftlichen Situation zurückkehren. Gerade angesichts des Projekts der Neuen Rechten, eine kulturelle und ideologische Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen, erscheint es uns wichtig, den gesellschaftlichen Diskursen verstärkt Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die Strategie der Neuen Rechten ist schon umfassend erfolgreich: Themen, die vor Jahren von rechtsaußen gepuscht wurden, sind jetzt Gegendstand sozialdemokratischer Standortsorge (spezieller Gewerkschaftsrassismus). Eugeniker wie Singer haben heutzutage ein Forum in der taz.
Mit Foucault läßt sich der Versuch der Neuen Rechten beschreiben, ›Spezialdiskurse‹ wie Genetik, Anthropologie, etc., die ihre rassistischen/kulturalistischen Theorien stützen, in den alltäglichen Interdiskurs zu heben.5 Die in der Öffentlichkeit vielfach thematisierte vermeintliche ›Asylantenflut‹ ist ein aktuelles Beispiel für die Konstruktion eines ›Anderen‹, das das ›Eigene‹ bedroht. Dabei geht es nicht allein um wirtschaftliche Ressourcen, sondern ganz entscheidend um die eigene Identität (siehe Theweleit).
Einfache Kausalitäten zwischen rassistischem Diskurs und Pogromen gegen Flüchtlinge aufzumachen, ist sicherlich problematisch. Entscheidend ist vor allem, daß innerhalb der rassistischen Logik die Flüchtlinge selbst verantwortlich für die gegen sie verübte Gewalt gemacht werden: Die ›Ausländerflut‹ sei schuld an der Ausländerfeindlichkeit, die ›Deutschen‹ seien einfach überfordert. Als ›Lösung‹ vollzieht der ›Rechtsstaat‹ die Abschaffung des Asylrechts.
Eine besonders wichtige Rolle in der altwie neurechten Diskussion spielt die ›nationale Identität‹. Seit den 80er Jahren (Historiker-Streit) ist verstärkt revisionistische Geschichtsschreibung betrieben worden, die ›die Deutschen‹ mit ihrer Vergangenheit versöhnen soll. Der ›nationale Grundkonsens‹ (die Identifikation mit dem deutschen Fabrikbesitzer anstatt mit der ausländischen Kollegin...) und der rassistische Normalzustand sichern kapitalistische, patriarchale und rassistische Machtverhältnisse. Unseres Erachtens droht also keinesfalls eine faschistische Machtübernahme/-einsetzung (wie wir sie historisch kennen): der Laden läuft ja auch so!
Auf die personellen Überschneidungen und die direkte Zusammenarbeit von Neurechten/Neonazis und staatlichen Institutionen gehen wir hier nicht weiter ein. Uns hat vor allem die Wirkungsmacht interessiert, die neurechte Positionen über ein strategisches Eingreifen in den alltäglichen Diskurs entfalten. Die Forderung nach einem Verbot rechter Parteien und Gruppen kann in dieser Hinsicht nicht ›die Lösung‹ sein. Dennoch sind Versuche, Neonazis keinen Raum zur Entwicklung ihrer Theorien (bzw. zu Wehrsportübungen...) zu lassen, durchaus berechtigt. Sie kann eine von vielen Strategien sein, den Versuchen einer rechten Hegemonialisierung des alltäglichen Diskurses entgegenzuarbeiten.

Strategien

Hier nun stichpunktartig die wichtigsten Elemente einer Antifa-Strategie, wie sie sich aus dem bisher Vorgetragenen ergibt:
• Die Kämpfe gegen patriarchale, kapitalistische und rassistische Strukturen sind nicht auseinander dividierbar und ergeben nur im Verbund Sinn.

• Es handelt sich beim ›faschistischen Potential‹ von Menschen nicht um falsches Bewußtsein, sondern um tradierte Normen, Werte und ›Identitäten‹, die sich nicht durch Politik mit Sendungscharakter einfach verändern lassen.
• Das heißt für ›uns‹ (wieder eine schöne Identitätskonstruktion...): Ein tragfähiges Antifakonzept schließt Selbstreflexion, Arbeit an uns selbst, ein.
• Eingriff in die aktuellen Diskurse, einer neu- und altrechten Hegemonie entgegenarbeiten: Faschismus ist nicht reine Willkürherrschaft, ewiggestrige Autoritätshörigkeit und versponnener Realitätsverlust, sondern hat sich modernisiert.

Bündnispolitik:

• Es ist wichtig, sich auf die Menschen in der Region, in der politische Aktionen geplant sind, einzulassen: Der Widerstand gewinnt viel an Stärke, wenn Menschen in der direkten Umgebung mit ›unseren‹ Inhalten konfrontiert werden, bzw. sie uns für sich gewinnen können.



• Das erfordert Toleranz gegenüber anderen Denkweisen und Aktionsformen: Ernstnehmen der BündnispartnerInnen, ein Kennenlernen ihrer Geschichte in möglichst kontinuierlicher Zusammenarbeit.
• Bei gleichen/ähnlichen Interessen kann auch temporär mit anderen Gruppen und Personen zusammengearbeitet werden, mit denen die jeweilige Gruppe sonst wenig verbindet.
• Austausch und Vernetzung ankurbeln;
• Die moralische Entrüstung über Mölln, Solingen, ... und auch Hetendorf kann ein echter Antrieb für ›BürgerInnen‹ sein, sich weitergehend zu politisieren.

Und nun wieder Hetendorf ...

Aus dieser grob skizzierten Grundlage heraus beteiligen wir uns an der Vorbereitung zur Verhinderung der ›Hetendorfer Tagungswoche‹ '96. Wir hatten uns ein antifaschistisches Camp erhofft, auf dem mehr noch als im Vorjahr Raum sein sollte für sonst innerhalb des Antifalagers eher ausgesparte Themen.
Das Camp im letzten Jahr sah so aus, daß eine Menge ›antifamäßig anpolitisierter‹ Leute aus Norddeutschland ein Wochenende lang zelteten, gemeinsam etwas auf die Beine stellten, diskutierten, sich vernetzten, usw.
Idealerweise hatten wir uns für dieses Jahr ein gutes Konzert und viele inhaltlich bedeutsame Workshops zu Fragen wie ›Bioethikkonvention‹, ›AABO-Diskussion‹, ›Dekonstruktion gängiger linker Befreiungs- und Revolutionsvorstellungen‹, ›AIZ-Diskussion‹, ›Fragen zur Geschlechterdifferenz‹, usw. vorgestellt – also so Manches, wofür wir uns interessieren und wozu Menschen arbeiten. Denn wir wissen ja, daß nicht ein (nämlich der Antifa-) Teilbereich der wichtigste ist, sondern daß die Festlegung auf einen Teilbereich häufig aus praktischen Gründen erfolgt (Spezialisierung = ›Effizienz‹).
Da 1996 ein solches Camp leider so nicht stattfinden kann, geht es jetzt darum, im bestehenden Rahmen besonders auf Bündnisebene möglichst viel zu bewegen.

Die Situation rund um Hetendorf

Im Sinne der obigen Strategieaspekte gilt unser Augenmerk jetzt den Kräfteverhältnissen in der Region. Und da scheint sich einiges verschoben zu haben. Während nach der einmaligen autonomen Demonstration '87 in Hetendorf die Reaktion im Landkreis eher zu vernachlässigen war, ist es jetzt zumindest gelungen, in der Medienöffentlichkeit das Nazizentrum zu thematisieren.
Natürlich werden dort nicht unsere Positionen zur Debatte gestellt, aber es formuliert sich in Form von LeserInnenbriefen und Diskussionsveranstaltungen Unmut über das staatliche ›Nichtverhalten‹ in bezug auf Hetendorf. Es gibt eine Unterschriftenliste mit dem Ziel, den Trägervereinen ›Heideheim e.V.‹ (Buchholz und Hamburg) die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, auf welcher bereits 2000 Menschen unterschrieben haben; weiterhin eine schriftliche Anfrage an Innenminister Glogowski und eine Diskussionsveranstaltung der SPD zum Thema – sprich: etliche BürgerInnen scheinen z.T. mobilisiert, viele mindestens interessiert.
Viele dieser Initiativen gehen natürlich in die Richtung, nicht den ›schwarz Vermummten von außerhalb‹ das Feld zu überlassen. Selbstverständlich gibt es auch scharfe Töne gegen die ›Chaoten‹, Militanz als politisches Mittel, usw. ... Aber immerhin ist der Punkt erreicht, an dem laut an den Rechtsstaat appelliert wird. Soweit die Ausgangslage, von der aus das weitere strategische Vorgehen bestimmt werden muß.

Zum Bündnis

Prinzipiell ist es naheliegend, daß ein ›wilder, schwarzer Block‹ es den BürgerInnen der Region schwermacht, sich in unseren Aktionsformen wiederzufinden. Daher sehen wir einen großen qualitativen Unterschied zwischen dem Pfingstcamp '95 einerseits, wo die Zusammenarbeit zwischen dem (damals noch nicht getrennten) regionalen und überregionalen (= autonom dominierten) Bündnis gut geklappt hat, und den Sonntagsspaziergängen (Bullenverwirrspiel und Faschos ärgern) andererseits.
Während des Camps griffen die Aktionsformen von (z.B.) Landjugend mit ihrem antifaschistischen Fußballturnier und linker ›Groß‹demo gut ineinander. Auf dem Konzert in Sülze waren zudem relativ viele Jugendliche aus der Region und die Typen von der "Kuhlen Wampe" fuhren gern mit ihren Mopeds umher...
Wir denken, daß erst diese Form der Auseinandersetzung die Möglichkeit bietet, Menschen außerhalb bestehender Szenestrukturen in der Region mit unserem Politikverständnis zu ›konfrontieren‹. Auch der positive Begleiteffekt, nämlich die eigenen ›Weisheiten‹ hinterfragen und ›belegen‹ zu müssen, kann nur von Vorteil sein.

Die Sonntagsspaziergänge müssen im Zusammenhang damit gesehen werden, daß auf den unausgesprochenen Rückzug des regionalen Bündnisses (aus der Zusammenarbeit) nicht reagiert wurde. Die Losung: ›dann ziehen wir jetzt unser Ding durch‹ hat zwar für den Moment nicht geschadet, allerdings die Entwicklung einer gemeinsamen und produktiven Bündnisstrategie auf längere Sicht erschwert.
Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen müssen benannt und akzeptiert werden, wenn unsere Inhalte und Aus-

gangsbasen einer Kritik standhalten, dürfen sie nicht aufgegeben werden. Andererseits kann es auch nicht darum gehen, mit Maximalforderungen ein Bündnis unmöglich zu machen. Wenn wir von vornherein auf alle Verbände und Parteien, die von sich behaupten gegen das neonazistische Lager vorzugehen, zugehen und Zusammenarbeit anbieten und einfordern, bedeutet das ja nicht, jede Initiative unhinterfragt zu übernehmen. Mindestens aber sollte ein abgestimmtes Nebeneinander bzw. Ineinandergreifen der Aktionsformen dabei herausspringen. Ein positives Beispiel hierfür ist, daß dieses Jahr in der Zeit zwischen Blockade und Sonnwendfeier die BürgerInnen der Region täglich Mahnwachen vor Hetendorf 13 abhalten werden.

Natürlich ist Hetendorf nicht das wichtigste Terrain für politische (Antifa-) Arbeit. Dennoch könnte es zum Kristallisationspunkt für eine Auseinandersetzung mit alt- und neurechten Ideen und Strategien werden, die den rassistischen Normalzustand nicht aus den Augen verliert. Auch die in der Region bereits vorhandenen Ansätze für eine produktive Bündnisarbeit sollten als Chance für eine Weiterentwicklung antifaschistischer Strategien gesehen werden.

Abschließend bleibt noch zu sagen:

Wir haben in unserem Text versucht, einige Ansätze zu einer Faschismusanalyse knapp zu skizzieren. Dabei haben wir z. T. derart vereinfacht, daß fraglich ist, ob mensch mit diesen Ideen etwas anfangen kann. Besonders problematisch war für uns die ›Anwendung‹ der theoretischen Ansätze bei der Analyse der heutigen Situation und der Rolle, die Hetendorf zukommt. Unsere Diskussion steht hier noch ganz am Anfang. (Daher die unzusammenhängenden Auflistungen ...) Aber vielleicht bewegen unsere Überlegungen ja andere (Antifa-) Gruppen dazu, Kritik zu üben und/oder ihre Diskussionen transparent zu machen. Wir freuen uns auf eine lebhafte Diskussion !

Anmerkungen

1 in sich geschlossene, aber gleichzeitig ausschließlich für sich schlüssige Theorie
2 3:1, S. 33.
3 3:1, S. 34.
4 3:1, S. 36.
5 Reinfeldt, Sebastian/ Schwarz, Richard: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten. In: Dies./ Foucault, Michel: Bio-Macht, Duisburg 1993 (DISS-Texte; 25), 9f.

Literatur:

- Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Stuttgart 1986.
- Frauen gegen Antisemitismus: Der NS als Extremform des Patriarchats. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 16 / H. 35 (1993), 77-89.
- Meulenbelt, Anja: Scheidelinien, Reinbek 1988.
- Reinfeldt, Sebastian/ Schwarz, Richard: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten. In: Dies./ Foucault, Michel: Bio-Macht, Duisburg 1993 (DISS-Texte; 25), 6-26.
- Thürmer-Rohr, Christina: Mittäterschaft und Entdeckungslust, Berlin 1990.
- Windaus-Walser, Karin: Frauen im NS. In: Gravenhorst, Lerke/ Tatschmurat, Carmen (Hg.): Töchter-Fragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg 1990.

Dokumentation

Aktion gegen den ehemaligen kommissarischen Kreishauptmann von Kolomyia und Nazimörder Claus Volkmann/Peter Grubbe

"Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!"
(aus dem Buchenwaldschwur 19.4.45)

"Ihr lebt ja wie Engel. Aber bald werdet ihr alle Engel sein."
(Claus Volkmann bei einem "Besuch" des jüdischen Waisenhauses in Kolomyia)

Wir haben heute an dem Bungalow von Claus Volkmann alias Peter Grubbe, Seeblick Nr. 18, 22952 Lütjensee,) Tel. 04154/7132, Scheiben zerstört sowie Farbflaschen und Buttersäure in seinem Wohnzimmer als auch an dem Hauswänden verteilt. Diese Aktion kann keine angemessene Bestrafung sein für die Verbrechen, die Volkmann/Grubbe zu verantworten hat. Dafür wären ganz andere Aktionsformen notwendig. Neben den Unannehmlichkeiten, die so ein nächtlicher Schrecken mit sich bringt, wollten wir lediglich noch einmal versuchen öffentlichen Druck zu initiieren, nachdem das Mediengewitter um seine Person im letzten Herbst relativ schnell verklungen war und er jetzt wieder in beschaulicher Ruhe im idyllischen Lütjensee seinen "Lebensabend" verbringen kann.

"Menschen mit einer solchen Vergangenheit haben kein Recht, in Ruhe zu sterben."
(S. Wiesenthal)
"Meine Geschichte ist doch eine ganz normale deutsche Geschichte" (Volkmann/ Grubbe 1995)
"Im Generalgouvernement als Verwalter des Schlachthauses" (die "Zeit")

Claus Volkmann trat mit 19 Jahren am 1.5.33 der NSDAP bei (Mitgl.Nr.2280558). Nach abgeschlossenem Jurastudium ging er '39 als Assessor in die deutsche Verwaltung des von den Nationalsozialisten besetzten sog. Generalgouvernements um Karriere zu machen und um für seine weiteren Aufgaben ausgebildet zu werden. 1940 wurde er zum stellvertretenden Kreishauptmann in Krasnyslaw ernannt. Ab August 1941 übernimmt er als einer der ersten deutschen Verwaltungsbeamten im bis Sommer 1941 sowjetisch besetzten Ostgalizien, nun "Generalgouvernement", den Posten des Kommissarischen Kreishauptmannes für Kolomyia. Er ist damit oberster ziviler Verwalter eines besetzten Gebietes, in dem mehrere hunderttausend Menschen leben, darunter ungefähr 30.000 Juden und Jüdinnen (von denen ca. 15.000 1939 vor den Deutschen nach Kolomyia geflüchtet waren). Kolomyia "gehörte" bis 1918 zur österreichisch-ungarischen K.u.K. Monarchie, danach wurde es polnisches Staatsgebiet. Anläßlich des sog. "Hitler-Stalinpaktes" ist es 1939 von der Roten Armee besetzt worden. '41-'44 unter deutscher Schreckensherrschaft Teil des neu geschaffenen Generalgouvernements, welches in 5 Distrikte, 54 Kreis- und 7 Stadthauptmannschaften verwaltungstechnisch eingeteilt wurde. Heute befindet sich Kolomyia in der Ukraine. Schon im Juli 1941, nach Rückzug der Roten Armee, inszenierten ungarische Nationalisten unter dem Schutz der als Verbündete der deutschen Wehrmacht einmarschierten ungarischen Truppen ein dreitägiges Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung. Aber erst mit dem Auftauchen der deutschen Verwaltungsbeamten (also Volkmann u.a.) zusammen mit Gestapo, SS und einer Kompanie Schutzpolizei wurde der Terror systematisiert. Hans Frank, Generalgouver-

neur des "Generalgouvernementes" wünschte sich hinsichtlich der Arbeit der Verwaltungsbürokraten in den "Kreishauptmannschaften", daß "eine typisch östliche illegale Art der Administration" vorexerziert werden sollte. Dafür bräuchte er "absolut polenvernichtungsentschlossene Recken anstatt müder verstaubter Aktenmenschen und bürokratisch versippter Gesellen", sowie "deutsche Kämpfer aus allen Gauen des Reiches für die neuartigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem jüdischen Gesindel". Verwaltungsrechtlich wurde eindeutig bestimmt, daß alle Befehle deutscher Dienststellen ausschließlich über den für den Judenrat zuständigen Kreishauptmann zu leiten seien. Nun war es an Volkmann solche Vorgaben umzusetzen.

Nachdem er sich in einer vormals von Juden und Jüdinnen bewohnten konfiszierten Villa eingerichtet hatte, war eine seiner ersten Maßnahmen die Kennzeichnungspflicht aller jüdischen BewohnerInnen durchzusetzen. Wer den sog. "Davidstern" nicht trug war mit dem Todesurteil bedroht. Bereits am 19.8.41 erließ er die Kontribution aller Wertsachen, die sich im Besitz der jüdischen Bevölkerung befanden. Volkmann leitete den Diebstahl an, bei ihm persönlich mußten alle Wertgegenstände abgeliefert werden. Er galt nach übereinstimmenden Aussagen der Überlebenden von Kolomyia als extrem bestechlich und raffgierig. Im August '41 kommt es auch zur Einsetzung eines Judenrates durch Volkmann. In den folgenden Monaten bis zu seiner Versetzung im Sommer '42 trug Volkmann die Mitverantwortung für jede Razzia, für jede Massenerschießung, für iede Deportation in das Vernichtungslager Belzec sowie für das gezielte Verhungernlassen der "arbeitsunfähigen" Juden und Jüdinnen in Kolomyia. Als Zuständiger für Lebensmittelzuteilungen an die jüdische Bevölkerung ordnete er "Hungerkampagnen" an. In dem auf Volkmanns Befehl eingerichteten Ghetto von Kolomyia, wo im März 1942 18.000 Menschen zusammengepfercht waren verhungerten täglich 40 bis 50 Männer, Frauen und Kinder. Auf diese Hungerkampagnen, die in einem Bericht der Jewish Agency for Palestine vom 16.5.45 erwähnt werden, in einem Interview 1995 angesprochen, entgegnet Volkmann/Grubbe kühl, daß die Polen doch auch gehungert hätten. Im Ghetto wurden Juden und Jüdinnen täglich Opfer der ihre antisemitischen Gewaltphantasien auslebenden Nazis. Im Oktober '41 findet die erste Massenerschießung statt. 1200 Personen werden zusammengetrieben und im Wald von Szeparowce erschossen. Die Leichengruben hat der Volkmann persönlich unterstellte sog. "Sonderdienst", ein aus "Volksdeutschen" bestehender Miliztrupp, ausheben lassen. Am 23.12.41 werden alle Jüdinnen und Juden mit ausländischem Paß zur Gestapo bestellt und später im Wald von Szeparowce erschossen.

Am 24.1.42 nehmen die Nazis 400 jüdische Intellektuelle fest und ermorden sie nach Folterungen. Ab März 1942 rollen die Züge der Reichsbahn in die Vernichtungslager Belzec und Kulmhof. So werden am 3. und 4.April 5000 Nenschen nach Belzec deportiert, weitere 250 in den Straßen des Ghettos ermordet. Nach Schätzungen waren in der Zeit vom Beginn der deutschen Besetzung Kolomyias bis zum ersten Todestransport weit mehr als 5000 Jüdinnen und Juden erschlagen, erschossen oder zu Tode rationiert worden. Volkmann soll persönlich an Selektionen auf dem Marktplatz von Kolomyia teilgenommen haben. Im Mai '42 ordnete er die Inhaftierung von 30 Juden und Jüdinnen an, die später im Wald von Szeparowce erschossen wurden. In der bei der Untersuchungsstelle für NS-Verbrechen in Tel Aviv vorhandenen Akte über Claus Volkmann, die ihn als Kriegsverbrecher einstuft, finden sich Aussagen Überlebender, daß er persönlich die jüdische Schneiderin Sarah Becher und einen jüdischen Mann namens Brawer erschossen hat. Andere Aussagen bezeugen weitere Morde Volkmanns an "Namenlosen". überlebende beschuldigen ihn außerdem, die Liquidierung der ungarischen Juden von Kolomyia angeordnet zu haben, Immer wieder wurde Volkmann von Überlebenden zusammen mit Peter Leideritz, dem Chef der Gestapo in Kolomyia, zu den Leitern des Massenmordes gezählt. Auch Aussagen im Wiener Kriegsverbrecherprozeß von '47 gegen die Schutzpolizei, die in Kolomyia gewütet hat, belasten Volkmann erheblich. Augenzeugen berichten:

"... Volkmann hat Juden zur Zwangsarbeit eingeteilt. Wer nicht arbeitsfähig war, wurde ins Vernichtungslager geschickt."

"... er war bestechlich. Gegen Pelze und goldene Uhren von Juden ließ er mit sich reden."

"... als am 17.10.1941 zehn Juden in der Synagoge verbrannt wurden, sah er sich am nächsten Tag die verkohlten Leichen an."

"... er hat Menschen mißhandelt. Bei Gestapo Torturen war er ebenfalls anwesend."

Im Juni/Juli 42 wird Volkmann wegen Korruption aus seinem Amt in Kolomyia entlassen. Laut Aussagen von Schupos soll er dabei geraubte Wertsachen mitgenommen haben. Er wird zur Wehrmacht eingezogen und verbringt einige Monate als Kompanieschreiber im sog. "Sudetenland". Von dort geht er als Kreishauptmann nach Lowicz. Dort ist er ab 1943 zuständig für die Rekrutierung polnischer Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie. 1944 bekommt er für hervorragende diesbezügliche Leistungen das Kriegsverdienstkreuz I.Klasse verliehen. In Kolomyia vollenden andere Volkmänner die von ihm mitbegonnene Arbeit. Im September und Oktober 42 werden tausende Juden und Jüdinnen nach Belzec deportiert. Die Mörder veranstalten weitere Massenerschießungen im Wald von Szeparowce. So werden dort am 4.11.42 1000 Menschen erschossen. Am 2.2.43 werden die letzten BewohnerInnen des Ghettos ermordet und das Ghetto aufgelöst. Die deutschen Behörden melden: Kolomyia ist "judenrein". Schließlich wird Kolomyia am 29.5.44 von der Sowjetarmee befreit. Lediglich einige Dutzend Jüdinnen und Juden hatten in Verstecken überlebt.

"Ich sehe das nicht als Wandel sondern als konsequente Fortsetzung meines Weges. Damals konnte ich einzelnen helfen, jetzt versuche ich vielen zu helfen." (Volkmann/Grubbe 1995)

1945 flieht Claus Volkmann vor der Roten Armee nach Westen und gibt sich dort flugs einen neuen Namen: Peter Grubbe. Unter diesem Namen wird er als "linksliberaler" Journalist und Sachbuchautor Karriere machen. Er gilt als einer der bekanntesten "linksliberalen" Autoren der westdeutschen Nachkriegszeit. Er produziert über 40 Fernsehfilme und schreibt über ein Dutzend Bücher, v.a. über die Situation in Regionen des Trikonts und die Ausbeutung der sog. "Dritten Welt" durch die kapitalistischen Metropolen. Doch aller Anfang ist schwer: Steinberg, Herausgeber der Jugendzeitschrift "Die Zukunft", für die Volkmann/Grubbe schreibt, hatte bezüglich seiner Vergangenheit Verdacht geschöpft und ihn bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft angezeigt. Grubbe kann sich der Verhaftung entziehen und flieht in die britische Zone. Nur seine damalige Freundin wird inhaftiert, da bei Durchsuchungen Materialien zum Fälschen von Identitätspapieren gefunden wurden. Für die FAZ geht Grubbe von 1948 an als Auslandskorrespondent nach London. Dort arbeitet er ab '53 für die "Welt", '58 kehrt er nach Deutschland zurück. Ab '63 schreibt er für den "Stern", später auch für die "Zeit" und produziert für den NDR. Er benutzt in dieser Zeit beide Namen, Volkmann für amtliche Angelegenheiten, Grubbe für seine Karriere; den meisten bleibt seine wahre Identität verborgen. Wenn er auf den Zeitraum '39-'45 angesprochen wird, gibt er an, er wäre "gottseidank" nur ein kleiner Gefreiter gewesen. In biographischen Nachschlagewerken liest sich das dann so: "1939 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen ..." Auch andere ehemalige Kollegen aus dem sog. "Generalgouvernement" machen Karriere. So wird der ehemalige Kreishauptmann und Ghettokommissar Zinser Richter am Bundesverwaltungsgericht. Ein anderer, Schöning, wird Mitbegründer der Süddeutschen Zeitung. Doch von 1965-69 ermittelt die Staatsanwaltschaft Darmstadt gegen Volkmann und 27 andere Verwaltungsschergen aus Kolomyia "wegen Beteiligung an der Endlösung", Mord sowie Beihilfe zum Mord. 375 Tatkomplexe werden den Angeklagten vorgeworfen. Wie es nahezu die Regel ist in der bundesrepublikanischen juristischen Aufarbeitung der Shoah und des NS,wurde das Verfahren gegen alle (!) aus "Mangel an hinreichendem Tatverdacht" eingestellt, obwohl die schon erwähnten Aussagen aus Tel Aviv und Wien vorlagen. Zur Begründung heißt es (wie in fast allen NS-Prozessen in der BRD) : Die Individualisierung der Taten sei

unmöglich gewesen. Volkmann/Grubbe wurde gar zu Gute gehalten, daß ihm als Zivilbeamten nicht klargewesen sei, was der Zweck z.B. der Selektionen gewesen war, und dies obwohl Mitarbeiter von ihm, gegen die ermittelt wurde, aussagten, sowohl ihnen als auch Volkmann/Grubbe sei spätestens im Dezember 41 klargewesen, was sich hinter den Begriffen "Aussiedlung" und "Sonderbehandlung" verbarg. Bei seinen Aussagen vor dem Untersuchungsrichter in Darmstadt 1967 konnte sich der geschulte Jurist Volkmann/ Grubbe selbstverständlich auf gezielte Fragen nach seinen Tätigkeiten und Funktionen in Kolomyia an so gut wie nichts erinnern. Und er bestritt, von Massakern oder Mißhandlungen gewußt zu haben, geschweige denn an ihnen beteiligt gewesen zu sein. Die ihn belastenden Aussagen von Überlebenden stellte er als unwahr dar. Volkmann bleibt unbehelligt, obwohl der oben erwähnte Schriftsteller Günther Steinberg Volkmanns Geschichte in dem Kriminalroman "Und nebenbei ein Mord" verarbeitet, in einem Vorwort zur Neuauflage noch einmal auf Volkmanns Doppelidentität hinweist und schließlich 1989 in der DDR-Literaturzeitschrift "Sinn und Form" über das Doppelleben des Peter Grubbe berichtet. Erst Ende September 1995 tritt ein Bericht von Maußhardt in der taz eine Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Kreishauptmann von Kolomyia los. Und nun erleben wir eine erneute Wandlung des Claus Volkmann: Wahrscheinlich inspiriert von dem Kinoerfolg "Schindlers Liste" verwandelt er sich von dem nichts ahnenden, nichts wissenden und bei Deportationen sowie Massenerschießungen zufällig auf Dienstreisen weilenden Verwaltungsbürokraten der Voruntersuchungen von Darmstadt zum "guten Menschen von Kolomyia". Jetzt gibt er die Version zum Besten, er habe hunderten von Jüdinnen und Juden zur Flucht über die Grenze nach Ungarn und Rumänien verholfen; er sei nur auf seinem Posten geblieben um Leben zu retten, da potentielle Nachfolger wahrscheinlich nicht so gutmütig wie er gewesen wären. Um zu helfen und Not zu lindern, habe er gute Miene zum bösen Spiel machen müssen. Für diese weiße-Westen-Version gibt es keine Zeugen. Alle Überlebenden belasten Volkmann, allenfalls können sich manche nicht mehr genau erinnern, ob er selber geschossen habe. Es gibt kein Wort der Reue oder des Bedauerns von ihm. Als Verhöhnung der Toten und der wenigen Überlebenden von Kolomyia müssen letztere es empfinden, wenn Volkmann von sich selbst sagt, er habe sich nichts vorzuwerfen und sei mit sich im Reinen. Simon Wiesenthal forderte im Herbst '95 die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Claus Volkmann wegen Mord und Beihilfe zum Mord. Er habe weiteres umfangreiches belastendes Material. Die Staatsanwaltschaft in Darmstadt wies aber sofort eilig darauf hin, dies habe wenig Aussicht auf Erfolg. So wird es denn wohl kein Verfahren mehr geben gegen den "Verwalter des Schlachthauses". Aber es darf auch keine Ruhe mehr für ihn geben...

Wir nutzen die Gelegenheit anläßlich unserer Initiative gegen Grubbe/Volkmann die uns bekannten noch lebenden NS-Mörder und Schergen in Hamburg sowie einige ausgewählte bundesweit in einem Anhang zu diesem Schreiben zu "outen". Dies tun wir in der Hoffnung, daß sich Menschen finden, welche die Vergangenheit der Täter thematisieren und vielfältig aktiv werden, um sie aus ihrer sicheren ruhigen Anonymität zu reißen: Information der Nachbarschaft, Flugblätter, Kundgebungen, direkte Aktionen, etc.; der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Unserer Meinung nach stellt die Nichtbeschäftigung bzw. Ignoranz gegenüber den TäterInnen des NS und ihrer Verbrechen einen großen Fehler dar der Radikalen Linken, welche sich ab Mitte der sechziger Jahre formierte. Obwohl die Beschäftigung und Thematisierung mit dem NS als eine der Triebfedern der sogenannten 68er zu Protest und Widerstand angesehen wird, hatte dies praktisch allerdings wenig Auswirkungen. Tausende von TäterInnen waren bekannt und einfach aufzuspüren, dennoch gab es kaum Aktionen oder Initiativen gegen sie. Die NS-Prozesse, die in jeder größeren Stadt liefen, blieben von der Linken größtenteils unbeachtet. Bei den Demonstrationen anläßlich der Prozesse z.B. gegen Lischka etc. in Köln oder Asche in Kiel (zur Person Asche siehe Anhang) blieben die Überlebenden des Terrors unter sich. Von ihnen wurde in den Gerichtssälen akribische Beschreibungen ihrer entsetzlichen Erlebnisse in den Lagern gefordert, um den Tätern individuelle Verbrechen nachzuweisen, oft genug von Nazi-Verteidigern oder wieder in Amt und Würden eingesetzten ehemaligen NS-Richtern. Während viele sog. "Opfergruppen" auch jetzt noch keine Entschädigungen oder Renten erhalten, werden den ehemaligen SS-Angehörigen, Blutrichtern u.a. ohne Problem z.T. opulente Gelder gezahlt. Die CDU lädt gar einen ehemaligen NS-Militärrichter als Sachverständigen in der Anhörung des Bundestages zur Rehabilitierung und Entschädigung der Überlebenden Opfer der NS-MilitärJustiz. Die Radikale Linke überließ die Abrechnung mit den TäterInnen ausgerechnet der deutschen Justiz mit der nicht überraschenden Konsequenz, daß seit 1945 von den 107.000 Personen, gegen die ermittelt wurde, gerade mal 6500 rechtskräftig verurteilt wurden (davon lediglich knapp 800 wegen "Tötungsdelikten"), meist zu Bagatellstrafen.

Auch für die verschiedenen Guerilla Gruppen in der BRD der 70er und 80er Jahre waren die Verbrechen der NS-Mörder überwiegend kein Thema. Die RAF z.B. ließ die Möglichkeit, an der Person des Nazischweines Schleyer faschistische Kontinuitäten in der Machtelite der BRD aufzuzeigen, ungenutzt. Genauso gab es 1995, dem "Gedenkjahr", von einigen verdienstvollen Ausnahmen abgesehen, neben nervenaufreibenden (z.T. kontraproduktiven) Diskursen über antinationale Politik etc. wenig Praxis, das Feld wurde den Herrschenden überlassen.

Die Mörder leben unter uns - unbehelligt und in friedlicher Ruhe. Der Schleier des Vergessens ist ein Hohn gegen die Opfer die Überlebenden wie die Millionen Ermordeten. Den 51. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus haben wir zum Anlaß genommen, diesen Schleier ein wenig zu lüften und die Ruhe des Nazimörders Volkmann/Grubbe zu stören.

- KEINE RUHE DEN NS-MÖRDERN!
- FREIHEIT FÜR SAFOAN EID!

- AUF ZUR BUNDESWEITEN ANTIRASSISTISCELN DEMO GEGEN DEN ABSCHIEBEKNAST IN BÜREN AM: 26.5.96!

- ALLES LIEBE DEN ZAHLREICHEN UMTERGETAUCHTEN AUS DER RADIKALEN LINKEN!

Antifaschistische Zelle
"Kein Vergeben - Kein Vergessen!
Lütjensee, 17.5. 96

I Anhang

Kurt Asche, "Eichmanns Mann in Brüssel"
Leiter des sog. Judenreferats in Belgien
Sartoriusstr.27, 20257 Hamburg
Tel. 040/491 23 64

Asche tritt 1931 in die NSDAP und die SA ein. Ab 1.4.35 arbeitet er beim SD. 1939/40 treibt er sein Unwesen als Judenreferent des SD in Lublin. Im Januar 41 wird Asche in die Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD beim Militarbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich versetzt. Dort übernimmt er, mittlerweile zum Obersturmführer befördert, das Judenreferat in Belgien. Damit war er maßgeblich verantwortlich für die Erstellung und Durchführung der Deportationsbefehle. Unter seiner Verantwortung wurden bis Oktober 1943 in 22 Transporten 23.000 Jüdinnen und Juden aus Belgien nach Auschwitz deportiert. Nur knapp 500 von ihnen überlebten. Außerdem war Asche beteiligt an der Erstellung der "antijüdischen Gesetzgebung" und der Erfassung der jüdischen Bevölkerung in Belgien. Er war Teilnehmer an Reichssicherheitshauptamtskonferenzen, auf denen die Deportationen in die Vernichtungslager koordiniert wurden. Asche wurde als fanatischer Antisemit gefürchtet und beteiligte sich aktiv an Mißhandlungen von Juden und Jüdinnen. Im Oktober 43 wurde Asche zur SD-Außenstelle nach Gent versetzt, da er Wertsachen der Deportierten für sich selbst statt fürs "Deutsche Reich" gestohlen hatte wofür er von einem SS-

und Polizeigericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nach 45 lebte er unter falschem Namen in Westdeutschland bis zu seiner Enttarnung Anfang der 60er Jahre. Die bundesdeutsche Justiz brauchte nun 13 Jahre bis zur Anklageerhebung. Das Verfahren wurde dann erneut verschleppt: Das Landgericht Flensburg lehnte eine Eröffnung des Verfahrens zunächst ab, weil "eine Verurteilung unwahrscheinlich" sei. 1975 demonstrierten Juden und Jüdinnen gegen die Verschleppung des Prozesses und besetzten kurzerhand zusammen mit einem belgischen Fernsehteam das Haus eines weiteren Angeklagten, des sog. "Endlösers von Belgien" Ernst Ehlers, in Schleswig. Der frühere SS-Obersturmbannführer und spätere Richter in Schleswig-Holstein Ehlers beging erfreulicherweise kurz vor dem schließlichen Prozeßbeginn 1980 Selbstmord. Zum Prozeßbeginn demonstrierten ca. 200 belgische Jüdinnen und Juden durch Kiel. Asche, verantwortlich für die Deportation von 23.000 Menschen nach Auschwitz, wurde verurteilt zu läppischen 7 Jahren Gefangnis wegen Beihilfe zum Mord. In dem Urteil vorn 7.7.81 entschuldigte sich der Gerichtsvorsitzende dafür, daß die Strafe weder tat- noch schuldangemessen sei, eine Ausschöpfung des Strafmaßes sei jedoch sinnlos, da der damals 71jährige Angeklagte nun am Ende seines Lebens stehe - welch ein Irrtum. Die Strafe hat Asche wahrscheinlich nicht einmal abgesessen. Heute jedenfalls verbringt er seinen Lebensabend in einer schönen Altbauwohnung in Eimsbüttel und kommt in den Genuß einer nicht unbeträchtlichen Rente.

Kurt Klebeck, Bilserstr. 73, 22297 Hamburg, Tel. 040/518373
SS-Obersturmführer, u.a. 2. Totenkopfregiment, war SS-Scherge in Sachsenhausen und Neuengamme, von April 43 bis Juni 44 war er stellvertrender Kommandant des SS-Arbeitslagers "Sylt" auf der britischen Kanalinsel Alderney. Von den vier Lagern auf Alderney war "Sylt" das berüchtigste. Hier ermordeten die Nazis mindestens 350 Menschens darunter 100 Juden.
Viele der Gefangenen starben an Unterernährung und Entkräftung, doch die meisten wurden erschossen oder zu Tode geprügelt. Es galt die perfide Regelung, daß die SS-Männer für 5 Tote jeweils zwei Wochen Sonderurlaub und Extrarationen bekamen. Die Nazis hatten für Bauarbeiten auf den britischen Kanalinseln tausende Gefangener aus dem KZ Neuengamme nach Alderney verschleppt. Die britischen Kanalinseln stellten für die NS-Bührung ein Prestigeobjekt dar, weil sie das Einzige waren, was deutsche Truppen von Großbritannien besetzen konnten. Wegen seiner Verbrechen im Lager "Sylt" ist Klebeck nie angeklagt oder gar verurteilt worden, obwohl seit Kriegsende detaillierte Aussagen Überlebender vorlagen. 1969 hat die Hamburger Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn eingestellt - "mangels Beweisen". 1992 gab es vergebliche Forderungen britischer Labourabgeordneter nach einer Auslieferung an Großbritannien. Wenig später verzichtete die britische Justiz auf Strafverfolgung und forderte deutsche Behörden auf, seine Taten zu ahnden. Überlebende werfen Klebeck zumindest die Mitverantwortung an der Ermordung von 350 Gefangenen vor. Nach Beendigung seines Einsatzes in Alderney wurde Klebeck im August '44 Bezirkskommandant der Lager in Hannover Stoecken.. Wegen Mißhandlungen an Gefangenen in einem dieser Lager wurde er 1947 von einem britischen Militärgerichtshof im Hamburger Curiohaus zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er nur sieben absitzen mußte. 1975 gab es in Hamburg abermals ein Verfahren gegen Klebeck. Ihm wurde vorgeworfen, zwischen Juni 42 und September 43 in einem KZ bei Bobruisk in Weißrußland an der Erschießung von 400 Jüdinnen und Juden beteiligt gewesen zu sein. "Mangels eindeutiger Beweise" wurde er freigesprochen.

Julius Wohlauf, letzte Adresse: Akazienweg 2, 22587 Hamburg
Befehlshaber der 1. Kompanie des berüchtigten Hamburger Reservepolizeibataillons 101, SS-Hauptsturmführer
April 33 Eintritt in die NSDAP und SA. 1956 wird Wohlauf Mitglied der SS, 1938 Leutnant der Schutzpolizei. Im April 1940 nimmt er mit dem Polizeibataillon 105 an der Besetzung Norwegens teil. Im Frühjahr wird er dem Reservepolizeibataillon 101 zugeteilt, das 1941 an der Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Hamburger Grindelviertel beteiligt ist. Juni 42 Beförderung zum Hauptmann. Ab Juli 42 ist das Hamburger Reservepolizeibataillon 101 im Rahmen der sog. "Aktion Reinhard" am Massenmord an den Juden und Jüdinnen des sog. "'Generalgouvernements" beteiligt (ausführlich beschrieben in dem Buch "Ganz normale Männer" von Chr.R.Browning). Als Chef der 1. Kompanie und stellvertretender Bataillonskommandeur befehligte er die Erschießung von 1500 Jüdinnen und Juden in Jozefow im Juli 42. Im August organisiert er die Deportation von 10.000 Juden und Jüdinnen aus Miedzyrzec nach Treblinka. Dabei werden 1000 Menschen massakriert. Seine frisch getraute Ehefrau wird auf Besuch Zeugin der Arbeit ihres Mannes. Im September befehligt Wohlauf das Massaker in Serokomla, 200 Juden und Jüdinnen werden erschossen. Wahrscheinlicrl war Wohlauf auch beteiligt an den Deportationen aus Radzyn, Lukow, Miedzyrzec, Biala, Komarowka, Wohyn und Czemierniki nach Treblinka, bei denen im Oktober 42 insgesamt über 20.000 Personen deportiert wurden. 1943 ist er wieder in Noruwegen mit Polizeiregiment 7 in oslo. Nach 45 macht Wohlauf, wie die Mehrzahl seiner Mörderkollegen bruchlos Karriere bei der Hamburger Polizei. Er bringt es bis zum Polizeihauptkommissar. Während in Polen zwei Mörder des Reservepolizeibataillons 101 wegen ihrer Verbrechen zum Tode verurteilt werden, kommt es erst im Oktober 1968 überhaupt zu Verurteilungen in Hamburg. Polizeihauptkommissar Wohlauf und Polizeihauptkommissar Wolfgang Hoffmann erhalten Strafen von acht Jahren Gefängnis, ebenso Kurt Dreyer (in dem oben erwähnten Buch "Ganz normale Männer" hat er das Pseudonym "Drucker"). Die ehemaligen Zugwachtmeister Anton Becker (alias "Bentheim") und Heinrich Becker (alias "Bekemeier") erhalten je fünf Jahre, die sie aber nicht antreten mußten. Auch der ehemalige Gruppenführer Erwin Gathmann (alias "Grafmann") blieb straffrei. Auch Wohlauf und Hoffmann saßen nur einen Bruchteil ihrer Strafe ab. Da die Schlachter durch die strengen Datenschutzregelungen in der BRD geschützt sind, durfte Browning in seinem Buch lediglich Namen veröffentlichen, die auch in Dokumenten außerhalb der BRD auftauchen. Allen anderen Mördern mußte er Pseudonyme verpassen. Der Schutz der Täter ging letztes Jahr in Hamburg so weit, daß eine Ausstellung der Hamburger Polizei über die Verbrechen der Hamburger Polizeibataillone im NS zuerst ausschließlich für PolizistInnen zugänglich war, angeblich aus datenschutzrechtlichen Gründen. Erst auf Druck hin wurde erreicht, daß die Ausstellung, ein wenig "entschärft", der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.
Zum Abschluß folgt nun noch eine Liste von noch lebenden ehemaligen Funktionsträgern des NS, über die wir weniger wissen als bei den o.g. Beispielen. Aufgrund ihrer Funktionen ist aber davon auszugehen, daß sie an zahlreichen Verbrechen mitgewirkt haben. Alle, die sich Initiativen oder Aktionen zu ihnen überlegen, fordern wir daher auf, verantwortlich zu recherchieren.

Walter Gustke
Burmesterstr.34, 22305 Hamburg,
Tel. 040/297442
SS-Hauptsturmführer (Nr.421176)
1941-44 I./SS-Polizeiregiment 24 im Raum Minsk.
Nach 45 Polizeihauptkommissar in Haburg

Helmut Holzbecher
Bauernholztal 35, 21149 Hamburg
Tel. 040/ 7022555
SS-Obersturmführer, eingesetzt im Polizeibataillon 215 in Norwegen und im SS-Polizeiregiment 26 in der Sowjetunion und in Polen.
Nach 45 Polizeihauptkommissar in Hamburg

Helmut Kiehne
Drögensee 11, 22397 Hamburg,
Tel. 040/6070816
Oberleutnant der Schutzpolizei und Offizier in der Polizeireiterabteilung 2 beim Befehlshaber der Ordnungspolizei. In der Ukraine im "Landeneinsatz". 1956 wurde der Kriegsverbrecher aus der SU an die BRD übergeben. Später Polizeihauptkommissar in Hamburg, Leiter der Reiter- und Diensthundeabteilung.

Karl Pötke
Wilhöden55, 22587 Hamburg,
Tel. 040/862622
Hauptmann der Schutzpolizei und SS-Führer zur besonderen Verfügung des 2. SS-Polizeiregiments 16 und Regimentskommandeur in der Gruppe SS-Polizei-Ost. Nach 45 leitender Polizeidirektor in Hamburg, verantwortlich für Schulung und Ausbildung der Hamburger Polizei

Kurt Roggenkamp
Sülldorfer Kirchenweg 34,
22589 Hamburg, Tel.040/863831
Kriegsgerichtsrat bei der 384. Infanteriedivision. Nach 45 Amtsgerichtsdirektor in Hamburg

Ernst-Friedrich Samwer
Hohenzollernring 11, 22763 Hamburg,
Tel. 040/8802149 und 8800757
Militärrichter in Hamburg. Nach 45 Rechtsanwalt, vertrat u.a. Neonazis

Horst Günther Schweimer
Hochrad 7, 22605 Hamburg,
Tel. 040/829240
SDAP seit 1931 (Nr. 1049803), SS seit 52 (Nr. 48838), April 36 SS-Untersturmführer. 1937 Träger des "Ehrendegens und Totenkopfringes des Reichsführers-SS". 1937 wird er in die Leibstandarte aufgenommen, zuletzt bekleidet er dort den Rang eines SS-Hauptsturmführers. 38 Eintritt in das Auswärtige Amt als Legationsrat I. Klasse. Führer einer Panzereinheit im Krieg gegen die SU [nach 45 im Parteivorsband der NPD
Ehemaliger Landesvorsitzender der NPD in Hamburg. Reeder.
Funktionsträger des NS außerhalb von Hamburg:

Horst Czerwinski
Hasselerstr.4, 29303 Bergen,
Kreis Celle, Tel.05054/1510
SS-Unterscharführer, Kommandant des Auschwitznebenlagers Lagischa von Januar bis September 44. 1989 verurteilt zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe wegen Mordes an zwei russischen Häftlingen. Wahrscheinlich aufgrund eines "Herzleidens" entlassen worden.

Dr. Aquilin Ullrich
Hölderlinstr.10, 70174 Stuttgart,
Tel. 0711/295958
Ende März 1940 bis 5. August 40 stellvertretender Anstaltsleiter der "Tötungsanstalt" Brandenburg innerhalb des Euthanasieprogramms (sog. "T-4"-Aktion). Während dieser Zeit wurden dort 4500 Menschen mit Gas ermordet. Zuweilen drehte Ullrich persönlich den Gashahn auf.

Dr. Heinrich Bunke
Müllerstr. 10, 29221 Celle,
Tel. 05141/ 25700
Nachfolger von oben genanntem Aquilin Ullrich in Brandenburg. Später bis Oktober 41 in der "Tötungsanstalt" Bernburg. Während dieser Zeit trägt er die Verantwortung für die Ermordung von 11.000 Menschen.

Nahezu 50 Jahre wurde gegen Ullrich und Bunke prozessiert. Es gab diverse Freisprüche und über Jahre gelang es beiden Massenmördern, mittels ärztlicher Atteste Verhandlungsunfähigkeit vorzutäuschen. Da sie zugleich aber als Ärzte weiterarbeiteten, wurde Ende der 80er erneut ein Prozeß gegen sie angestrengt. 1989 sind sie dann zu je drei Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zum Mord verurteilt worden. Sie brauchten die Haft wegen "Haftunfahigkeit" nicht antreten.

Sören Kam
Johann Schatzstr.30, 87435 Kempten,
Tel. 0831/&3564
Obersturmbannfahrer der Waffen-SS, SS-Panzerdivision "Viking" Am 30.8.45 erschoß er zusammen mit zwei anderen dänischen Nazis den Journalisten Henrik Clemenssen in Syngby, Dänemark. Während 1946 einer der Mittäter in Dänemark hingerichtet wurde, kann sich Kam der Bestratung durch Flucht entziehen. Er nahm die deutsche Staatsangehörigkeit an. Ein 1968 gegen ihn eingeleitetes Verfahren wird 1971 eingestellt. Obwohl er nach einem "Auftritt" bei einem Altnazitreffen mit Haider auf dem Ulrichsberg in Österreich im Oktober 95 in die Schlagzeilen geriet, lehnte die Staatsanwaltschaft München die Wiederaufnahme des Verfahrens ab.

the good stuff/june/'96/

rote flora

7.6. Dub Encounter Chapter V. Mammut Vibration in Dub. Keller 22 Uhr.
7.6. Konzert: Higgins. Junkjazz. Cafe 21 Uhr.
8.6. Link. Detroit Techno, Chicago House und Electro mit Harre, Henry und Marc. Dazu werden Dia-Animationen gezeigt. 23 Uhr.
14.6. Konzert: Underground-Jazzcrossover mit den netten Menschen von Paul, Cafe 21 Uhr.
15.6. Sistars: All Female Dub and Dancehall. Reggae-Party mit Double D und Sugar Chicken an den Turntables. Ladies only!!! Große Halle, 22 Uhr.
22.6. Disco honoring CSD. Farbzelle & Schwule Baustelle laden ab 22 Uhr ein.
23.6. Konzert: 12 Kappenwasser und Frisieren. Lyrische, technische, kreative Musik von zwei „die auch" Sideprojekten aus Bremen. 18 Uhr
28.6. Konzert: Perished Vision, Caligari, Cygod. Die Elbcore-Foundation feiert ihre gemeinsame, bei Buback erschienende Platte. 21 Uhr, danach Disco.
29.6. Macht Spaß. Techno-Party mit diversen DJs, u. a. Bootsmann, Tanzperformances, Butoh Tanz, Pans Omen. 23 Uhr.

Ständige Termine: Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 18 Uhr Baurat, 19:30 Uhr veganes Essen. Dienstag: 16-? Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. Mittwoch: 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. Donnerstag: 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen. Samstag: 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. Sonntag: jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.



störtebeker

15.6. Konzert: Graue Zellen (Bravos post-Take That-best boys aus Rendsburg sind immer noch strictly underground), Lari Lox (Rd) und Radioactive Toys (Köln), 21 Uhr.

b 5

4.6. Veranstaltung zur aktuellen Situation in Kurdistan und Informationen zur bundesweiten Demonstration „Frieden jetzt!" am 15.6. in Hamburg. 17:30 Uhr.
7.6. Hetendorfer Tagungswoche verhindern - Nazizentren knacken. Eine Veranstaltung des Bündnisses gegen Rechts, Celle, 19 Uhr
11.6. Unser Leben-Jiyana me. Vier Frauen aus Kurdistan. Video von D. Kleist und C. Karrer. 20 Uhr.
15.6. Cafe ab 15 Uhr, Party von der Kurdistan Solidarität, Infogruppe und der Infostelle 13.6.. Ab 21 Uhr.
21.6. Vom Wehrsport ins Studierendenparlament. Eine Veranstaltung der Hochschulantifa, 19 Uhr
25.6. Veranstaltung zum Stand des Prozesses in Hamburg gegen die drei KurdInnen vor der Sommerpause. Informationen und Diskussion mit einem der Anwälte. 20 Uhr.

b-movie

8./9.6. Der Biss. 20:30 Uhr.
15./16.6. Perspektiven jenseits der Western-Gay-Lesbien-Community. Gay Cuba, Intro to culturel skit-zo-frenia, Hillbrow 2001. 20:30 Uhr.
22.6. Open-Air: Land and Freedom. Tankstellengelände Schanzenstraße 22 Uhr.
29.6. Open-Air: Die letzte Kriegerin. ebenda, 22 Uhr.

fsk

auf 89.1 MHz. Infoblock täglich 19:30 Uhr, montags ab 20 Uhr progressieve muzieken.

recommended:

4.6. Paco Ignacio Taibo II. Der mexikanische Schriftsteller ist auf Lesereise und stellt seinen neuesten Roman „Vier Hände" vor. 21:30 Uhr.
5.6. Freie Radios in Italien. Ein Feature über Radio Sherwood erlaubt tiefe Einblicke in die lange und wechselvolle Geschichte des linksradikalen Radios aus Padua. Dazu Musik von Bands aus der antagonistischen Bewegung um die sozialen Zentren. 21:30 Uhr.
8.6. Black Poetry. 20 Uhr.
12.6. The 43 Group. Antifaschistische Militanz ohne politische Kohärenz (?). Anläßlich der Veranstaltung mit Morris Beckmann, der im Mai sein Buch über jüdischen antifaschistischen Kampf in Großbritannien Ende der 40er Jahre in der B5 vorstellte, sollen hier unbequeme Fragen zur heutigen politischen Praxis der Linken aufgeworfen werden. 20 Uhr.
13.6. Bad Kleinen – Weiterstadt – Verhaftungen – Beugehaft – Aussageverweigerung. 20 Uhr.
22.6. Das weibliche Subjekt der pc-ness. PC-Diskurs und neuer Antifeminismus. Mit einem Beitrag von Karsta Frank. 20 Uhr.
27.6. Frauen aus dem amerikanischen Widerstand. Poetry und Prose von Chrystos und lässige Stories aus dem Leben der ehemaligen politischen Gefangenen Bo. Beide besuchten Mitte Mai Hamburg und erzählten über ihre politische Arbeit für gefangene Frauen und Lesben. 20 Uhr.

rockstars zerhacken!